

STAATS- SCHULDEN- AUSSCHUSS



*Leitfaden zur Vorlage von
Berichten über die
Staatsschuld*



Abschlussbericht



Mai 2000

Staatsschuldenausschuß

Präsident

Gregorio Guerrero

Höchster Bundesrechnungsprüfer

Mitglieder

Argentinien

Enrique Paixao, Emilia Raquel Lerner
Auditoría General de la Nación

Kanada

Jeff Greenberg
Office of the Auditor General

USA

Paul Posner, José Oyola
General Accounting Office

Mexiko

José Miguel Macías, Jorge Manjarrez
Auditoría Superior de la Federación

Portugal

Ana Maria Bento
Tribunal de Contas

Großbritannien

Tim Burr, Wendy Kenway-Smith
National Audit Office

Russische Föderation

Eleonora Mitrofanova
Accounts Chamber

Sambia

F.M. Siame, Gilbert Muyalwa
Office of the Auditor General

Korea

Jong-Narn Lee
Board of Audit and Inspection

Gabun

Gilbert Ngoulakia, Lebondo L-Mali Vincent
Chambre des Comptes

Litauen

Jonas Liaucius, Laima Virbickiene, Darius Zalalis
State Control

Mitarbeiter

Finnland

Tapio Leskinen
State Audit Office

Schweden

Inga-Britt Ahlenius
National Audit Office

Chile

Arturo Aylwin A.
Contraloría General de la República

Jemen

Ahmad Mohamed Al-Eryani
Central Auditing Organization for Control and Auditing

Jordanien

Abed Kharabbsheh
Audit Bureau

Ägypten

Gawdat Ahmed El-Malt
Central Auditing Organization

Der Staatsschuldenausschuß der Internationalen Organisation der obersten Rechnungsprüfungsämter (International Organisation of Supreme Audit Institution - INTOSAI) hat diese Broschüre für ihre offizielle Veröffentlichung in einer englischen, französischen und spanischen Versionen vorbereitet.

Inhaltsverzeichnis

TEIL 1

Einleitung

TEIL 2

Aufgabe der ORPÄ bezüglich der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

TEIL 3

Allgemeine Leitlinien zur Definition der Staatsschuld

TEIL 4

Bestimmung und Messung der Staatsschuld

TEIL 5

Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

ANLAGE A

Grundlagen der Messung der Staatsschuld

ANLAGE B

Beispiele für verschiedene Arten von Eventualverpflichtungen, über die die ORPA informierten

ANLAGE C

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage über Arten und Niveaus der Eventualverpflichtungen und die Rolle, die die ORPA bei ihrer Revision spielen

ANLAGE D

Beispiel für die Offenlegung von Bestandteilen der Staatsschuld (Kanada)

ANLAGE E

Beispiel für die Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Großbritannien)

ANLAGE F

Beispiel für die Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Portugal)

TEIL 1

Einleitung

Hintergrund

1. Im Rahmen der vom Vorstand des INTOSAI aufgestellten Eckwerte wurde der Staatsschuldenausschuß (SSA) mit der Veröffentlichung von Richtlinien und weiterer Informationen beauftragt, die den Obersten Rechnungsprüfungsämtern (ORPÄ) als Orientierungshilfe dienen, um eine effiziente Verwaltung der Staatsschulden und die Vorlage von geeigneten Berichten hierüber zu fördern. Im Oktober 1995 genehmigte der INCOSAI XV das Schriftstück "Leitlinien zur Definition und Vorbereitung von Berichten über die Staatsschuld", das der SSA vorbereitet hat. Auf dem INCOSAI von 1998, der in Montevideo stattfand, wurden zusätzliche Leitlinien zur Bestimmung und Messung sowohl der Real- als auch der Eventualstaatsschuld präsentiert und genehmigt. Die neuen Leitlinien würden zusammen mit den Leitlinien, die mit der Definition der Staatsschuld und der Vorlage von Berichten auf diesem Gebiet zusammenhängen, veröffentlicht werden, die zu diesem Zweck überprüft werden würden.
2. Die überprüften Leitlinien umfassen jetzt die folgenden mit der Staatsschuld zusammenhängenden Themen:
 - Die Aufgabe der ORPÄ bezüglich der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld (Teil 2);
 - Allgemeine Leitlinien zur Definition der Staatsschuld (Teil 3);
 - Bestimmung und Messung der Staatsschuld (Teil 4); und
 - Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld (Teil 5).
3. In dieser Broschüre werden verschiedene Faktoren aufgezeigt, die die ORPÄ bei der Bestimmung der Natur und Reichweite ihrer Revisionen der Staatsschuld und der entsprechenden Berichte berücksichtigen müssen. Die Leitlinien werden in Form allgemeiner Prinzipien präsentiert und es wird kein Modell zur Definition der Staatsschuld vorgeschrieben. Es werden im Gegenteil verschiedene Verbindlichkeiten und Verpflichtungen genannt, die Passiva zu Lasten öffentlicher Dienststellen darstellen können und die Umstände unter denen es angemessen wäre, hierüber als Teil der Staatsschuld zu informieren. In den nächsten Jahren wird in getrennter Form eine zusätzliche Orientierung für die ORPÄ bezüglich anderer Aspekte der Staatsschuld bekanntgegeben werden.

TEIL 1

Einleitung

4. In ähnlicher Weise wird in diesen Leitlinien ebenfalls keine bestimmte Buchhaltungsgrundlage oder eine bestimmte Art von Informationsunterlagen vorgeschrieben, um über die Staatsschuld zu informieren. Der SSA billigt, daß Informationen über die Staatsschuld in den finanziellen Rechenschaftsberichten für den allgemeinen Gebrauch, aber auch in den Berichten über die Ordnungsmäßigkeit und Amtsführung sowie die Dienststellen und Regierungsorganismen im besonderen präsentiert werden können.

Befragung der INTOSAI - Mitglieder

5. Angesichts des Mangels an Informationen über die Staatsschuld führten wir zwei ausführliche Umfragen durch, um die Reichweite der Arbeit, die die Mitglieder des INTOSAI auf diesem Gebiet ausführen, kennenzulernen:
 - Zuerst wurde eine Umfrage durchgeführt, um mehr allgemeine Informationen hinsichtlich der Definition, Planung, Verwaltung, Kontrolle und Messung der Staatsschuld und der Vorlage von Berichten hierzu zu erhalten. Ein Zwischenbericht wurde an alle ORPA im April 1994 verteilt.
 - Eine zweite Umfrage wurde 1998 abgeschlossen, deren Ziel es war, Informationen über die Eventualverpflichtungen zu erhalten, die Staatsschulden bilden könnten. Die vollständigen Ergebnisse dieser Umfrage können getrennt angefordert werden. Zum Zwecke dieser Broschüre wurden die Hauptergebnisse der Umfrage berücksichtigt, die in den Anhängen B und C zusammengefaßt werden. Von den 41 Mitgliedern der INTOSAI, von denen Information angefordert wurde, antworteten 30 wie es im Anhang C aufgezeigt wurde.

Andere Informationsquellen

6. Der SSA hat die von den Ausschüssen für Normen der Innenrevision, für Buchführungsnormen und für Rechnungsprüfungsnormen der INTOSAI ausgeführten Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeit des Ausschusses für Buchführungsregeln der INTOSAI hat sich auf die Aufgabe, die die ORPA im Hinblick auf die Festlegung der Politik und Normen der Buchführung ausführen sollen, konzentriert, während sich unsere Arbeit an der Aufgabe des ORPA orientiert hat, soweit es die Bewertung der angewandten Maßgrundlage zur Vorbereitung der Staatsschuldenberichte betrifft. Der SSA hat sich auch mit verschiedenen internationalen Organisationen, die an mit der Staatsschuld verbundenen Angelegenheiten interessiert waren, beraten, wie der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OCDE), den Vereinten Nationen und der Europäischen Union.
7. Darüber hinaus haben wir die Staatsschuldefinition überprüft, die der Internationale Währungsfond (IWF) aufstellte und verwendet und Studien berücksichtigt, die durch den Ausschuß des öffentlichen Sektors der Internationalen Buchhaltervereinigung

TEIL 1

Einleitung

veröffentlicht wurden. In diesen Studien wird auch die Definition der Staatsschuld untersucht sowie die verschiedenen Arten, auf die gemäß den unterschiedlichen Buchführungsgrundlagen, die zu diesem Zweck angenommen wurden, registriert wird, angefangen mit geänderten Bargeldbasis bis zur Akkumulationsbasis und ihrer Änderung.

8. Die mit der Staatsschuld zusammenhängenden Fragen gehen auch den Privatsektor an, aus dem oft (und schließlich) die konstitutiven Finanzmittel der Staatsschuld stammen. Außerdem muß der private Sektor auch seine eigene Schuld finanzieren. Die internationalen Finanzmärkte sind Orte, die der öffentliche und der private Sektor (insbesondere große multinationale Unternehmen) aufsuchen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Märkte sind sehr dynamisch. Auf ihnen wurden die primären traditionellen Finanzierungsinstrumente (wie Schuldverschreibungen) und deren Derivate (wie Termingeschäfte und Optionen) entwickelt. Insbesondere die Aufstellung von Leitlinien für die Buchführung der Derivate ist ein Entwicklungsfeld.
9. Die Schuldinstrumente pflegen sehr komplex zu sein. Eines der Hauptziele der Personen, die mit der Aufstellung von Buchführungsnormen beauftragt sind, ist es gewesen zu garantieren, daß die Dienststellen sowohl über die mit der Schuld verbundenen Risiken und ihr Portefeuille von Finanzierungsinstrumenten informieren als auch über die Maßnahmen, die zur Reduzierung dieser Risiken ergriffen wurden. Die Körperschaften, die für die Aufstellung von nationalen und internationalen Buchführungsregeln verantwortlich sind und die Regeln betreffend der Buchhaltung und der Offenlegung der Kapitalinstrumente und ihre Derivate erlassen haben oder werden, schließen die folgenden ein:
 - Vereinigte Staaten: Ausschuß für Finanzbuchhaltungsregeln (Financial Accounting Standards Board (FASB)), Regeln der Finanzbuchhaltung (Financial Accounting Standards (FAS)), Nr. 105, 107, 119 und 133;
 - Vereinigtes Königreich: Ausschuß für Buchhaltungsregeln (Accounting Standards Board (ASB)), Regeln zur Vorlage von Finanzberichten (Financial Reporting Standards (FRS)), Nr. 4 und 13; und
 - Komitee für Internationale Buchhaltungsregeln (International Accounting Standards Committee (IASC)), Internationale Buchhaltungsregeln (International Accounting Standards (IAS)), Nr. 32 und 39.

TEIL 2

Die Aufgabe des ORPA bezüglich der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

TEIL 2

Die Aufgabe der ORPÄ bezüglich der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

Allgemeine Betrachtungen

1. Die effiziente Staatsschuldenverwaltung und die Vorlage von diesbezüglich angebrachten Berichten sind wichtig. Innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeiten und Kompetenzen müssen die ORPÄ alles tun, damit die Regierungen geeignete Praktiken der Finanzverwaltung und –kontrolle der Staatsschuld annehmen.
2. Die Höhe der eingegangenen Staatsschuld und die Zwecke, für die die auf diese Weise erlangten Gelder verwandt werden, sind im allgemeinen politische Fragen und werden anhand von Verfassungsverfahren und der Formulierung der Politik, die in jedem Land festgelegt wurde, bestimmt. Die Regierungsentscheidungen hinsichtlich der Form, in der die Staatsschuld eingegangen und verwaltet wird, basieren grundsätzlich sowohl auf politischen Kriterien als auch auf finanziellen Erwägungen (wie beispielsweise die Bewahrung eines speziellen Profil der Fälligkeitsfristen).
3. In vielen Ländern sind die Vollmachten der ORPÄ zur Untersuchung oder Hinterfragung von politischen Entscheidungen beschränkt. Der Umfang des Verantwortungsbereichs jedes ORPA´s hängt von den politischen und verfassungsmäßigen Umständen eines jeden Landes ab. Aus diesem Grunde müssen die ORPÄ ihre eigenen Kriterien anwenden, um die Beschaffenheit der Staatsschuldenrevisionen, die sie in den entsprechenden Ländern durchführen, zu überdenken.
4. Obwohl das ORPA nicht unmittelbar an den Entscheidungen über die Höhe oder den Zweck der Staatsschuld beteiligt ist, kann es dazu beitragen zu garantieren, daß sich diese Entscheidungen auf vollständige und vertrauenswürdige Information über die Regierungsverpflichtungen gründen, die zu diesem Zweck allen interessierten Parteien vorgelegt wird. Wenn einmal die Kreditmittel erlangt wurden, muß das ORPA versuchen sich zu versichern, daß die vollständige und vertrauenswürdige Information über die Regierungstätigkeit bezüglich der Eingehung und Verwaltung der Schulden veröffentlicht wird.
5. Bei der Untersuchung von Fragestellungen, die mit der Staatsschuld verbunden sind, können die ORPÄ aufgrund der technischen Komplexität speziellen Problemen gegenübergestellt werden. Die Richtlinien des SSA können als Orientierungshilfe für die ORPÄ dienen, aber es ist möglich, daß sie zur Realisierung dieser Arbeit ihr Personal auf dem Gebiet weiterbilden oder sogar Experten rekrutieren müssen.

TEIL 2

Die Aufgabe des ORPA bezüglich der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

Mögliche Verantwortungsbereiche der ORPÄ

6. Das ORPA ist verpflichtet, einige oder alle Aufgaben, die im folgenden dargestellt werden, zu erfüllen.
7. Die Mehrheit der ORPÄ haben die bedeutsame Aufgabe, die Information über die Staatsschuld zu überprüfen, die öffentlich bekannt gegeben wird. Die Aufgabe jedes ORPA's im einzelnen hängt von seinen Befugnissen und Zuständigkeiten hinsichtlich der Finanzberichte und anderer Unterlagen ab, in denen über die Höhe der Staatsschulden informiert wird. Die Zuständigkeiten könnten in Übereinstimmung mit den Ergebnissen unserer Eingangsumfrage sowohl die Überprüfung der von der informierenden Dienststelle angewandten Meâgrundlagen als auch die Beteiligung bei der Aufstellung der Buchhaltungsregeln zur Messung der Staatsschuld einschlieâen. Jedoch wirkt mehr als ein Viertel der ORPÄ, die unseren Fragebogen beantworteten, weder bei der Revision der Meâgrundlagen der Staatsschuld noch bei der Aufstellung der Buchführungsregeln für diese Messung mit.
8. Die Unterlagen, mit denen über die Staatsschuld informiert wird, variieren von Land zu Land. Dies gilt für finanzielle Rechenschaftsberichte, die den Gesetzgebungsorganen vorgelegt werden nachdem sie formell durch das ORPA geprüft wurden, bis zu statistischen Berichten, die ausschlieâlich für interne Regierungszwecke vorbereitet wurden. Wenn die Beträge der Staatsschuld in finanziellen Rechenschaftsberichten vorgelegt werden, die einer formellen Revision unterliegen, muâ sich das ORPA gemää den geeigneten Prüfungsrichtlinien der Richtigkeit der Beträge versichern. Dies beinhaltet nicht nur die Überprüfung dahingehend, ob die Gesamtziffern mit den Teilbeträgen, die den Gläubigern geschuldet werden, übereinstimmen, sondern auch, ob sie anhand der geeigneten Meâgrundlage bestimmt wurden. Wenn es diesbezüglich Unterschiede feststellt, erlaubt dem ORPA seine Kompetenz, ein Gutachten mit Berichtigungsvermerken zu den finanziellen Rechenschaftsberichten zu erlassen, normalerweise die korrigierenden sachdienlichen Maânahmen zu bestimmen und zu empfehlen.
9. Wenn die Staatsschuldbeträge in Berichten verzeichnet werden, die internationalen Organismen (wie beispielsweise dem IWF, der Weltbank, der OECD und der Europäischen Gemeinschaft) vorgelegt wrdden, müssen zu ihrer Berechnung die von diesen Organismen aufgestellten Anforderungen erfüllt werden, die auch die Anwendung einer speziellen Meâbasis einschlieâen können. In dem Maâe, in dem diese Berichte seiner Revision unterworfen werden, wird das ORPA die Möglichkeit haben, sich zu versichern, daâ diese Anforderungen erfüllt werden.
10. In ihren Berichten über die Staatsschuld sollen die Regierungseinheiten allen Passiva und Verpflichtungen, die einer geeigneten Definition der Staatsschuld entsprechen, einen Wert zuweisen. Auch müssen sie die Meâgrundlage angeben, die sie angewandt haben, sowie alle Änderungen, die nach Ergehen des vorangehenden Berichts

TEIL 2

Die Aufgabe des ORPA bezüglich der Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

getroffen wurden und die die Vergleichbarkeit der Daten beeinträchtigen; die Voraussetzungen, von denen man bei der Bezifferung und Schätzung der speziellen Posten ausgegangen ist, insbesondere diejenigen, die Veränderungen, Unsicherheiten oder Gefährdungen unterliegen; und andere Informationen, die eine korrekte Interpretation der Zahlen ermöglichen. Was die Eventalschuld betrifft, kann die Information, die präsentiert wird, eine große Vielzahl von Verpflichtungen umfassen, was den Gebrauch von allgemeinen Klassifizierungen erforderlich machen könnte. Auf der Grundlage der Umfrageergebnisse, die wir bei einem Teil der ORPA durchführten, die Mitglieder des INTOSAI sind, werden in der Anlage B Beispiele von Eventalverpflichtungen nach ihrer Art und ihrem Ursprung dargestellt.

11. Information über die Staatsschuld kann auch in Berichten und anderen Dokumenten gefunden werden, die vorbereitet wurden, um der Regierung bei der Formulierung und Bearbeitung ihrer Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik sowie der Planung und Verwaltung ihrer Schuldprogramme zu helfen, und die nicht einer formellen Revision durch das ORPA unterliegen. Innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit soll das ORPA alles unternehmen, um sich zu versichern, daß die Beträge der Staatsschuld, die in den Dokumenten verzeichnet wurden, entsprechend geeigneter Grundlagen bestimmt wurden und in angemessener Form präsentiert werden.
12. Wenn die Staatsschuldeninformation unvollständig ist, kann das ORPA es als notwendig erachten, die Schuldbestandteile zu bezeichnen, die gemäß ihrem Urteil offengelegt werden müssen, und der Regierung empfehlen, diese bekannt zu geben. Zusätzlich kann das ORPA eine unabhängige Analyse der präsentierten Daten durchführen, um eine bessere Verwaltung der Schulden und ein besseres Verständnis der aktuellen und zukünftigen Bedeutung der Verpflichtungen zu fördern.

TEIL 3

Allgemeine Richtlinien zur Definition der Staatsschuld

1. Der Gebrauch einer geeigneten Staatsschulddefinition zur Vorbereitung der diversen Finanzberichte der Regierung, auf die wir zuvor verwiesen, hat in der Praxis eine große Bedeutung. Die Vertrauenswürdigkeit dieser Berichte hängt zum großen Teil von der Geeignetheit der Definitionen ab, die zu ihrer Vorbereitung angewandt wurden. Diejenigen, die die Berichte über die Staatsschuld vorbereiten, müssen sich versichern, daß die angewandten Definitionen:
 - präzise sind, um Zweifel und Diskussionen hinsichtlich der Einbeziehung oder Ausgrenzung bestimmter Elemente der Staatsschuld im besonderen zu vermeiden;
 - eindeutig sind, damit die Berichte leicht verständlich für die Benutzer sind;
 - sowohl mit den in den Vorjahren angewandten Definitionen als auch mit denen in anderer statistischer Finanzinformation oder Buchhaltungsverzeichnissen desselben Landes und, falls zutreffend, eines anderen Landes übereinstimmen;
 - geeignet sind, weshalb sich die Einbeziehung bestimmter Staatsschuldelemente auf ihre Bedeutung für die Zwecke, die die Berichte erfüllen sollen, basieren muß; und
 - vollständig sind, um sich zu versichern, daß alle Staatsschuldelemente in der Reichweite der Verfahren erfaßt werden, die zu ihrer Genehmigung, Planung, Verwaltung und Kontrolle aufgestellt wurden.

2. Der Inhalt der Finanzberichte der Regierung muß für ihre Zwecke geeignet sein. Diese Berichten können für eine große Vielzahl von Zielsetzungen, die im folgenden zusammengefaßt werden, vorbereitet werden.
 - Die Berichte können als Hilfe zur Formulierung und Bearbeitung folgender Zwecke dienen:
 - die Wirtschaftspolitik im allgemeinen wegen der Auswirkung der Staatsschuld auf den Gebrauch von Geldern;
 - die Währungspolitik wegen der Auswirkung der Staatsschuld auf das Währungsangebot;

TEIL 3

Allgemeine Leitlinien zur Definition der Staatsschuld

- die Finanzpolitik wegen der Notwendigkeit, die Verteilung der Finanzlasten unter den derzeitigen und zukünftigen Steuerzahlern auszugleichen, und um sich zu versichern, daß in der Zukunft die Kosten des Schuldendienstes und der Tilgung erträglich sind; und
 - die Devisen- und Zahlungsbilanzpolitik, da –wenn die Auslandsschuld einen wichtigen Teil der nationalen Schuld darstellt– die Verteilung der gesamten Staatsschuld auf nationale und ausländische Währungen und zwischen in- und ausländischen Gläubigern die Wechsel- und Zahlungsbilanzpolitik beeinflussen kann.
- Die Regierungen können verpflichtet sein, Berichte in ihrer Eigenschaft als Mitglieder internationaler Organismen wie des IWF, der Weltbank, der OECD und der Europäischen Gemeinschaft zu präsentieren, die gemäß den von diesen Organismen aufgestellten Regeln vorbereitet werden müssen und die Definitionen der Staatsschuld einschließen können. Einige dieser Berichte können dazu dienen, für die Solvenz des Landes zu bürgen.
 - Besondere Bedeutung haben die Finanzberichte, durch die die Regierung Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegt, wie die, die die ausführende Gewalt der gesetzgebenden bezüglich der Ausübung ihrer Befugnisse vorlegt, um Schulden einzugehen und die entsprechenden Gelder zu verwenden.
 - Verschiedene Finanzberichte können zur Planung und Kontrolle von Staatsschuldprogrammen einer öffentlichen Dienststelle verwendet werden.
3. Die Reichweite der Finanzberichte über die Staatsschuld und die Natur oder die Art der Verpflichtungen, auf die man sich bezieht, variieren je nach den Zwecken, für die diese Berichte vorbereitet werden. Verschiedene Definitionen der Staatsschuld werden für verschiedene Zwecke verwendet, weshalb die Reichweite der verschiedenen Berichtsarten, die sich aus den verschiedenen Definitionen ergeben, variiert. Die Berichte zum Beispiel, die zur gesamtwirtschaftlichen Analyse vorbereitet werden, umfassen den gesamten öffentlichen Sektor, während die Reichweite der Berichte, in denen Dienststellen der öffentlichen Verwaltung Rechenschaft ablegen, wesentlich eingeschränkter ist. Auch ist die Reichweite der Berichte, die Einheitsstaaten oder Bundesstaaten vorlegen, sehr unterschiedlich. Alle Berichte müssen klar Auskunft über ihre Reichweite geben.
4. Der SSA hat nicht versucht, ein Modell zur allgemeinen Definition der Staatsschuld einzuführen. Er hat im Gegenteil verschiedene Elemente der Staatsschuld identifiziert und definiert, die zu ihrer Eingliederung in verschiedene Arten von Berichten betrachtet werden können.

TEIL 3

Allgemeine Leitlinien zur Definition der Staatsschuld

5. Abhängig von dem Zweck, zu dem ein Finanzbericht vorbereitet wurde, könnte eine geeignete Definition der Staatsschuld folgende Elemente enthalten:
- Passiva und andere Verbindlichkeiten, die die öffentlichen Dienststellen direkt eingegangen sind, wie folgende:
 - Einheitsregierung oder Bundesregierung, abhängig von der politischen Organisationsform des Landes;
 - Regierungen oder Landes-, Provinz-, Stadt-, Regional- oder Gemeindebehörden;
 - Korporationen und staatseigene oder vom Staat kontrollierte Betriebe; und
 - andere als öffentlich angesehene Körperschaften oder quasiöffentliche Stellen.
 - Passiva und andere Verbindlichkeiten, die öffentliche Körperschaften für Rechnung Dritter eingegangen sind (wie Korporationen oder andere Einheiten des privaten Sektors).

Eine angemessene Behandlung der Schuld, die die Zentralbanken eingegangen sind, die nicht als öffentliche Körperschaften angesehen werden, hängt von der Rechtspersönlichkeit dieser Banken und ihrer Beziehung zu dem öffentlichen Sektor ab.

Eventualschuld

6. Ein Passiva oder eine Verbindlichkeit kann als Staatsschuld angesehen werden, wenn sie in die vorangehenden Kategorien eingeordnet werden kann und meâbar ist. Das Meâproblem kommt im Zusammenhang mit jedem Bericht auf, der sich auf die Staatsschuld bezieht. Im Teil 4 dieses Dokuments wird diesbezüglich eine Orientierung angeboten.

TEIL 3

Allgemeine Leitlinien zur Definition der Staatsschuld

7. Die Schuld kann real sein oder eventual, wenn sie vom Eintreffen eines zukünftigen Ereignisses abhängt, das unsicher sein kann. Es ist schwer, das Konzept der Eventualität bezüglich der Staatsschuld zu definieren, aber in den letzten Jahren haben sich die Niveaus der Eventualverpflichtungen in einigen Ländern in beträchtlicher Weise erhöht, ebenso wie die Fälle, in denen eine Eventualschuld zu einer Realschuld wurde. In der Vergangenheit waren beide Tendenzen weitgehend verschwunden, möglicherweise aufgrund der Vielfalt von Kriterien, die in den verschiedenen Ländern angewandt werden, um die Staatsschuld zu erkennen und zu messen.

Zu berücksichtigende Schulselemente

8. In der Anlage A werden die Hauptelemente der Schuld, die die öffentlichen Körperschaften eingehen können, präsentiert. Die Passiva und andere Verbindlichkeiten, die zu Lasten der öffentlichen Körperschaften oder privaten Kooperationen gehen können, die durch diese öffentlichen Körperschaften unterstützt werden, bilden Teil eines breiten Spektrums, das von direkten Darlehen bis zu so unterschiedlichen finanziellen Verpflichtungen wie Lieferantenrechnungen und verschiedenen Eventualverpflichtungen und –verbindlichkeiten reicht. Es ist möglich, daß diese Verpflichtungen nicht als Passiva in den finanziellen Rechenschaftsberichten registriert sind. Trotzdem können sie in der Zukunft von Bedeutung für die Notwendigkeit einer Verschuldung sein und dementsprechend auf die Nachfrage nach wirtschaftlichen Mitteln des Landes.
9. Wenn also jedes ORPA sein eigenes Kriterium anwenden muß, um den richtigen Inhalt der Berichte über die Staatsschuld auszumachen, die es für spezielle Zwecke vorbereitet, müssen diejenigen Berichte, die verwendet werden, um die Formulierung und Verfolgung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu unterstützen, normalerweise alle Schulselemente berücksichtigen, die in diesem Dokument berücksichtigt wurden. Insbesondere müssen sich die ORPÄ bewußt sein, daß die Existenz von Risiken und Verpflichtungen, wie sie im Anhang A beschrieben werden, die Fähigkeit der

TEIL 3

Allgemeine Leitlinien zur Definition der Staatsschuld

Körperschaften des öffentlichen Sektors beeinträchtigen kann, zukünftige Bargeldbedürfnisse zu befriedigen. Die entsprechenden Passiva könnten von moralischen oder sozialen Verpflichtungen herrühren, die zusätzlich zu denen strikt rechtlicher Natur bestehen. Die richtige Behandlung dieser Passiva hängt von ihrer Bedeutung ab.

10. Die Höhe der Passiva und anderer Verpflichtungen, die in jeder Definition der Staatsschuld eingeschlossen sind, könnten angewandt werden, um die Gesamthöhe oder die in einem bestimmten Zeitraum verzeichnete Nettoerhöhung oder -verringerung zu bestimmen. Allgemeine Leitlinien zur Information über die Staatsschuld werden im Teil 5 dieses Dokuments wiedergegeben.

TEIL 4

Bestimmung und Messung der Staatsschuld

Allgemeine Konzepte

1. Jede Verpflichtung zu Lasten einer öffentlichen Einrichtung, Zahlungen an einem bestimmten Datum zu leisten, die von dem Eintreffen eines oder mehrerer zukünftiger Ereignisse abhängt, stellt Staatsschuld dar, wenn es sich um Eventualverpflichtungen handelt. Die Staatsschuld zu messen bedeutet ihrer Gesamtheit einen Geldwert zuzuordnen.

Faktoren, die bei der Messung der Schuld zu berücksichtigen sind

2. Wenn alle Schuldbeträge feststünden und sicher wären, müßten sie einfach addiert werden, um die Staatsschuld zu messen. Aus diesem Grund würde es zur Überprüfung des Meßverfahrens ausreichen, die Vollständigkeit und Genauigkeit der zu Grunde liegenden Verzeichnisse und die Vertrauenswürdigkeit der Buchhaltungsverfahren zu überprüfen, nach denen die Ziffern addiert wurden. Da jedoch zumindest der Betrag eines Teils der zukünftigen Zahlungen variabel, unsicher oder zufällig ist, ist die Messung der Staatsschuld nicht so einfach und es ist daher notwendig, ein Werturteil abzugeben.

TEIL 4

Bestimmung und Messung der Staatsschuld

Veränderlichkeit

3. Die Schuldbeträge sind variabel, wenn beispielsweise die Zinssätze nicht fest sind; und sind unsicher, wenn die zwar Zahlungen fest sind, aber in ausländischer Währung ausgedrückt wurden. In ähnlichen Fällen impliziert die Messung der Schuld, daß hierfür ein bestimmter Zinssatz und Wechselkurs richtig ist, was von dem Zweck, für den der Bericht vorbereitet wird, oder anderen Umständen abhängen kann.

Notwendigkeit eines Werturteils und einer Konsistenz

4. Die Bestimmung der geeignetsten Basis zur Vorbereitung der finanziellen Rechenschaftsberichte mit unterschiedlichen Zielen, stellt eine Wertentscheidung dar. Wenn beispielsweise die Schuldbeträge in Fremdwährung ausgedrückt sind, können verschiedene Wechselkurse angewandt werden, um diese Beträge in die entsprechende Währung umzuwandeln (z.B. zu Englischen Sterling im Fall des Vereinigten Königreichs). Wenn es darum geht, den wirtschaftlichen Gebrauch von aus Krediten stammenden Geldern zu verfolgen, könnte der geeignete Wechselkurs der sein, der am Tag der Eingehung der Schuld anwendbar war; für die Mehrheit der finanziellen Rechenschaftsberichte könnte es hingegen geeigneter sein, den am Tag des Berichts anwendbaren Wechselkurs zu verwenden; und für die Planung und Verwaltung der zukünftigen Schuldprogramme könnte es günstiger sein, zu versuchen, den am Tag der Schuldfälligkeits anwendbaren Wechselkurs zu prognostizieren. Bis zur Wahl des richtigen Wechselkurses selbst handelt es sich um eine Frage des Werturteils (wie zum Beispiel der Wechselkurs des Marktes); die Wechselkurse können von der Verwaltung festgelegt werden oder es können andere zu berücksichtigende Wechselkurse bestehen. In ähnlichen Situationen ist es wichtig, daß die Kriterien in konsistenter Weise angewandt werden.

TEIL 4

Bestimmung und Messung der Staatsschuld

Indexierung

5. Ähnliche Fragen kommen auf, wenn die Zahlungsbeträge Veränderungen unterliegen, wie es z.B. in dem Fall eines Darlehens passiert, dessen Zahlungen nach der Inflationsrate oder anderen Indikatoren indexiert sind. Der Betrag der Indexierung (am Datum, an dem die Verpflichtung eingegangen wurde, am aktuellen Datum und am Fälligkeitstag der Schuld), der beim Schuldenstand zu berücksichtigen ist, hängt vom Zweck ab, für den er vorbereitet wurde.

Wahrscheinlichkeit

6. Die Messung der Zahlungen der Eventualverpflichtungen bedeutet immer eine Schätzung oder eine Vorhersage, da, auch wenn ihre Beträge fest sind, die Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens nur geschätzt werden kann. Wenn die Beträge variabel oder unsicher sind, ist eine Schätzung auf zwei Ebenen notwendig: es werden sowohl die Höhe der Zahlungen als auch die Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens geschätzt.

Gebrauch von Schätzungen

7. Um die Richtigkeit der Schätzungen abzuwägen, die zur Messung der Staatsschuld vorgenommen werden (Schätzungen der Zinssätze und des zukünftigen Wechselkurses, der Wahrscheinlichkeit, daß Eventualzahlungen stattfinden, etc.), kann das ORPA die Gültigkeit der Annahmen, auf die sie sich gründen, untersuchen. Dies ist ebenfalls eine Frage des Werturteils.

Behandlung der Zinsen und der Kosten

8. Ein anderer Aspekt, der Berücksichtigung finden muß, ist die Behandlung, die den Zinszahlungen und anderen Komponenten des Schuldendienstes zukommen muß. Die

TEIL 4

Bestimmung und Messung der Staatsschuld

Bezahlung von bestimmten Verpflichtungen umfaßt die Hauptforderung, die Zinsen und andere Kosten wie Kommissionen. Die Schuldbeträge aufgrund der Hauptforderung werden in die Bewertung der Schuld einbezogen, aber nicht immer die Zinszahlungen; die Kommissionen werden hingegen normalerweise von der Schuld ausgeschlossen. Wenn es Zweck des Berichts ist, über die Verwendung der Gelder, die durch Kredite erlangt wurden, zu informieren, schließt der Schuldenwert normalerweise die Zinsen und Kommissionen aus; wenn sein Zweck die Abwägung der finanziellen Situation einer bestimmten öffentlichen Einrichtung ist, kann es auf Grundlage einiger sachdienlicher Indikatoren beispielsweise angezeigt sein, daß alle Zinszahlungen und Kommissionen eingeschlossen werden, die in der Zukunft gemacht werden müssen.

Inflation

9. Wenn die Inflationsrate hoch ist, müssen die Wertzuwächse der Staatsschuld, die sich aus der Addition der Nennwerte der ausstehenden Schulden in verschiedenen Zeiträumen ergeben, mit Vorsicht interpretiert werden, da sie beträchtlich vom Realwert der Gesamtschuld abweichen können. Auch wenn die Institutionen es nicht für richtig halten, den Inflationseffekt anzuerkennen, könnte das ORPA es für notwendig halten, zumindest zu überprüfen, ob die Berichte über die Staatsschuld alle erforderliche Information zu einer vollständigen Erfassung der Ziffern enthalten. Die Größe des Problems hängt sowohl vom Inflationsniveau und seinem Wachstumsrhythmus als auch von den Fristen, zu denen die Staatsschuld eingegangen wurde, ab.

Spezielle Elemente der Staatsschuld

10. In dem Anhang A werden die Grundlagen dargestellt, die normalerweise geeignet sind, die speziellen Elemente der Staatsschuld und die Umstände, unter denen es notwendig sein könnte, sich von diesen Grundlagen zu trennen, zu bemessen.

TEIL 5

Allgemeine Richtlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

1. Durchschnittliche Information über die Staatsschuld kann offenlegen, ob sie sich in einem für das Land erträglichen Niveau bewegt, und dazu beitragen zu garantieren, daß auf die möglichen Probleme aufmerksam gemacht wird. Diese Information ist unerläßlich, um die möglichen Probleme zu bekämpfen, bevor sie sich in eine Krise umwandeln.
2. Eines der Hauptprobleme hinsichtlich der Information über die Staatsschuld besteht darin, diese verständlich und damit bedeutsam für den vernünftig informierten und interessierten Leser zu machen, der kein Experte auf dem Gebiet ist. Bei der Auswertung dieser Information muß das ORPA den Gebrauch von allgemein akzeptierten Methoden fördern, damit die (oft zahlreichen) Ziffern Sinn für den Benutzer der Berichte machen. Zu diesem Zweck können verschiedene der Indikatoren, die man als "einfache Indikatoren" der finanziellen Situation einer Regierung in ihrer Gesamtheit bezeichnen könnte, erwogen werden (z.B. das Gewicht der Zinszahlungen im öffentlichen Einkommen, das Verhältnis Kosten/Einkünfte und das Verhältnis Schuld/Bruttoinlandprodukt), die genauer in einer anderen Broschüre, die derzeit der SSA vorbereitet, untersucht werden.

Teil 5

Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

Die vorzulegende Information

3. Es ist möglich, daß die ORPÄ nach der Revision der Staatsschuldeninformation und Stellungnahme zu ihrer Geeignetheit es als notwendig erachten, daß genauere Information präsentiert wird. In dem Anhang A wird die Information zusammengefaßt, die zur Information über die Elemente der Staatsschuld, auf die in diesem Dokument verwiesen wird, vorgeschlagen wird.
4. Diese Information muß abhängig vom Zweck des Berichts getrennt für jede öffentliche Einrichtung oder auf zusätzliche und konsolidierte Weise präsentiert werden. In allen Fällen muß die Zweckmäßigkeit erwogen werden, sowohl die gesamte Staatsschuld, die sich bis zum Ablauf des Zeitraums, über den informiert wird, angesammelt hat, als auch die Schuld, die in diesem Zeitraum eingegangen wurde, vorzulegen. Normalerweise dürfte sich die Staatsschuld nicht wegen Aktiva wie Gold- und Devisenreserven oder Abschreibungsfonds verringern. Diese Aktiva können in den Fällen berücksichtigt werden, in denen über sie zur Schuldablösung frei verfügt werden kann, jedoch nicht, wenn sie für andere Zwecke bewahrt werden.
5. Im Anhang A wird die Information vorgeschlagen, die hinsichtlich spezifischer Schuldinstrumente und der Grundlagen ihrer Buchführung vorgelegt werden kann; jedoch wird die Information allgemeinen Charakters (wie beispielsweise die Information, die mit dem Risiko und der Haltung der Schuldenverwalter diesbezüglich zusammenhängt), die die privaten und öffentlichen Sektoren in verschiedenen Ländern der Welt (wie z.B. den Vereinigten Staaten, Kanada, Neuseeland, Australien und dem Vereinigten Königreich) liefern, von Mal zu Mal wichtiger. Wenn auch viele der Richtlinien, die auf diesem Gebiet veröffentlicht wurden, am privaten Sektor orientiert sind, können sie in vielen Fällen auf den öffentlichen Sektor mit den entsprechenden Anpassungen angewandt werden. Die Reichweite der Information hängt häufig davon ab, ob die entsprechende Institution Schuld- und Finanzierungsinstrumente für fremde Rechnung (z.B. Banken) oder nur für ihre Rechnung (wie z.B. ein multinationales

Teil 5

Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

Unternehmen) verhandelt. Die Institutionen des öffentlichen Sektors befinden sich in einem dieser Fälle oder in beiden. Trotzdem konzentrieren sich diese Richtlinien hauptsächlich auf die Transparenz der Information, die bezüglich häufig komplexer Schuldinstrumente und ihrer Bedeutung für das Profil des Finanzierungsrisikos der Einrichtung präsentiert wird.

6. Im folgenden wird ein Beispiel der Information angeboten, deren Präsentation von den Bedingungen der Einrichtung abhängt.

Beispiel der im Vereinigten Königreich festgelegten Anforderungen zur Information über Finanzierungsinstrumente, die Einrichtungen des öffentlichen Sektors (wie das Büro der Schuldenverwaltung des Vereinigten Königreichs) angenommen haben:

Definitionen: Die Finanzierungsinstrumente unterteilen sich in primäre (z.B. Wertpapiere) und abgeleitete. Die Kapitalinstrumente sind die, die die Institutionen als Mittel zur Erlangung von Finanzierungen ausgeben (wie Obligationen, Schuldverschreibungen, Aktien und andere Schuldinstrumente). Die abgeleiteten Finanzierungsinstrumente sind diejenigen, deren Wert vom Preis oder der Taxe eines zugrundeliegenden Vermögenswertes abhängt. Die zugrundeliegenden Aktiva können Schuldverschreibungen, Produkte, Zinssätze, Wechselkurse und sogar Indexe des Wertpapiermarktes sein. Die abgeleiteten Finanzierungsinstrumente schließen die zukünftigen, die Optionen, Lieferungsverträge sowie Devisen und Zins-Swapgeschäfte ein.

Allgemeine Voraussetzungen

- Erklärung des Risikoprofils und der Politik, die die Einrichtung zur Risikokontrolle anwendet, gefolgt von Information, die beispielsweise folgendes beschreibt:
 - die Natur der Finanzierungsinstrumente und der Zwecke, zu denen sie konserviert/ausgegeben werden;
 - die Politik hinsichtlich der Zinssätze, dem Wechselkurs und des Profils der Schuldfälligkeiten;
 - die Politik hinsichtlich der Buchführung der abgeleiteten Finanzierungsinstrumente;
 - die Währungsoptionen und
 - die Deckungspolitik.

Teil 5

Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

- Die quantitative Information, derer man bedarf, schließt beispielsweise ein:
 - das Profil der Zinssätze/des Zinsrisikos, wobei die Passiva angegeben werden, die einem festen, variablen/beweglichen oder Null-Satz unterliegen.
 - Analyse der Fälligkeitsfristen der Schuldinstrumente und ihrer Liquidität (die Verschuldung muß für Zeiträume von weniger als einem Jahr, von ein bis zwei Jahren, von zwei bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren präsentiert werden);
 - Analyse des Wechselkursrisikos der in den wichtigsten Devisen benannten Schuldinstrumente;
 - Realwerte der Schuldinstrumente und der verbundenen Aktiva (in den Fällen, in denen es nicht möglich sein sollte, in vernünftiger Weise die Realwerte zu schätzen, müßte ausreichend Information hinsichtlich der Charakteristika der Aktiva oder Passiva präsentiert werden);
 - Deckungsgrad, wobei die aus den Deckungen resultierenden Gewinne und Verluste aufgezeigt werden;
 - Analyse des Risikos, daß die Gegenseite nicht erfüllt;
 - wichtige Konzentrationen des Kreditrisikos und
 - Analyse der Kreditfälligkeiten, die ein Risiko bedeuten.

- Weiter ist es empfehlenswert, über die Größe des Risikos hinsichtlich der Marktpreise zu informieren. Zu diesem Zweck können verschiedene Methoden, wie die folgenden angewandt werden:
 - **Analyse der Sensibilität**, durch die den Auswirkungen, welche Schwankungen der Marktpreise auf die Netto-Aktiva oder möglichen Gewinne haben würden, vorgebeugt wird, z.B. die Auswirkungen von Erhöhungen oder Verringerungen der Zinssätze;
 - **Analyse der Schwankungen**, die in einer Analyse der Aktiva und Passiva nach Zeiträumen besteht mit Bezug auf das Datum der Zinssatzschwankung oder auf die Fälligkeitszeiten (diese Methode deckt nur das Zinssatzrisiko); und
 - **“Wert in Gefahr”**, der zum Ziel hat, die Verluste zu schätzen, die die Aktiva und/oder Passiva als Ergebnis einer ungünstigen Marktbewegung erleiden würden, wobei die Eintrittswahrscheinlichkeit und der Zeitraum spezifiziert werden.

Teil 5

Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

- Die Buchführungspolitik wird folgendes umfassen:
 - die Methoden, die bei der Buchführung der abgeleiteten Finanzierungsinstrumente angewandt werden, die Arten dieser Instrumente und die Kriterien, nach denen die Methoden ausgewählt wurden;
 - die Grundlagen, um das Finanzvermögen und die Passiva zu erkennen, zu messen und nicht mehr anzuerkennen;
 - die Form, in der sowohl die Einkünfte und Kosten als auch die Gewinne und Verluste erkannt und gemessen werden und
 - die Behandlung der finanziellen Aktiva und Passiva, die nicht anerkannt werden, und die Politik, die eingeführt wurde, um die Aktiva und Passiva auszugleichen.

Die kurzfristige Schuldenverwaltung und die Bargeldbedürfnisse

Wenn man über die Aktivitäten einer Einrichtung informiert, die sowohl die kurzfristige und langfristige staatliche Schuld als auch die Aktiva und außerdem in aktiver Weise die Bargeldanforderungen (der Regierung zum Beispiel) verwaltet, ist es notwendig, über die richtige Politik und Information zu verfügen. Die zum Beispiel mit dem Zinsrisiko verbundene Information muß als Zusatzinformation zumindest die Aktiva und Passiva für die Zeiträume aufzeigen, die im folgenden genannt werden:

- weniger als 3 Monate;
- mehr als drei Monate und weniger als ein Jahr ;
- mehr als ein Jahr und weniger als zwei Jahre;
- mehr als zwei Jahre und weniger als 5 Jahre; und
- mehr als 5 Jahre.

Aktive Beteiligung an den Märkten

In bestimmten Fällen kann die Einrichtung in aktiver Weise am Markt teilhaben (für Liquiditätszwecke zum Beispiel). Die Aktiva und Passiva, die verhandelt werden, müssen von denen unterschieden werden, die bis zu ihrem Fälligkeitsdatum konserviert werden. Das geeignetste wird sein, erstere zu ihrem Realwert zu registrieren.

Andere Aktiva und Passiva können aus strukturellen oder strategischen Gründen konserviert werden. Wenn diese Aktiva und Passiva nicht verhandelt, sondern bis zum Datum ihrer Fälligkeit konserviert werden, müssen sie zu ihren Kosten bewertet werden. Die Aktiva, die zur Deckung von Passiva, die zu ihren Kosten bewertet wurden, verwandt werden, müssen gemäß der gleichen Grundlage wie diese Passiva bewertet werden.

Teil 5

Information über die Eventualverpflichtungen

7. Soweit es die einzelnen Komponenten der Staatsschuld betrifft, können die Zahlungsbeträge fest, variabel (gemäß einer vorgegebenen Formel) oder unsicher sein. Auch können die Niveaus der Kontingenz unterschiedlich sein, denen die Verpflichtung, bestimmte Zahlungen zu leisten, selbst unterliegt. Dies bedeutet, daß eine beträchtliche Unsicherheit betreffend des Werts, der verschiedenen in der Definition der Staatsschuld enthaltenen Konzepten zugeordnet werden muß, existieren kann. Aufgrund dieser Unsicherheit kann die Gesamtstaatsschuld nur mit einer großen Portion von Mutmaßung bemessen werden. Beispiele der unterschiedlichen Praktiken bezüglich der Information über die Eventualverpflichtungen schließen folgende ein:

- In Kanada wird den mit der Staatsschuld zusammenhängenden finanziellen Rechenschaftsberichten eine Anmerkung angefügt. Diese Anmerkung wird geprüft, aber es wird nicht über den Wert der einzelnen Eventualverpflichtungen informiert, den nicht in den Gesamtkomplex der Staatsschuld eingeschlossen hat (siehe Anlage D);
- im Vereinigten Königreich sind die Eventualverpflichtungen ebenfalls von der Gesamtstaatsschuld ausgeschlossen, aber, soweit es möglich ist, werden die einzelnen Eventualverpflichtungen identifiziert und offengelegt. Trotzdem werden ihre Beträge nicht geprüft, wenn auch bestimmte Tendenzen der staatlichen Buchführung ein Indiz dafür sein könnten, daß sich diese Situation ändern wird (siehe Anlage E); und
- in Portugal wird die Staatsschuld (die Realstaatsschuld und einige Eventualverpflichtungen) in den finanziellen Rechenschaftsberichten vorgelegt und durch das ORPA geprüft (el Tribunal da Contas). Nichtsdestotrotz wird nur über die Eventualverpflichtungen informiert, die mit Garantien verbunden sind, und die diesbezügliche Information ist weniger als die Information zur tatsächlichen Schuld (siehe Anexo F).

Teil 5

Wo die Information über die Staatsschuld zu präsentieren ist

8. Finanzinformation über die Staatsschuld kann in einer großen Vielzahl von Dokumenten präsentiert werden. In den finanziellen Rechenschaftsberichten für den allgemeinen Gebrauch und den entsprechenden Anmerkungen kann über viele der Konzepte, auf die wir uns zuvor bezogen haben, informiert werden. Auch kann Information über die Angelegenheit in den finanziellen Rechenschaftsberichten zur Ordnungsmäßigkeit, die Amtsführung der Regierungsstellen und –organismen sowie in öffentlichen Dokumenten wie dem Haushaltsetat, dem Bulletin der Zentralbank und anderen Berichten, die den Legislatoren vorgelegt werden, präsentiert werden.
9. Es ist ratsam, in periodischer Weise über die programmierte Staatsschuld und die tatsächliche Staatsschuld als Teil des Entscheidungsfindungsprozesses auf dem Gebiet des Haushalts und des Rechenschaftsberichts zu informieren. Gelegenheiten, um diesbezüglich zu informieren, eröffnen sich auch im normalen Zyklus, in dem die Regierung ihre Finanzpolitik formuliert und über ihre Durchführung informiert.
10. Zum Beispiel könnten die programmierten Verschuldungsniveaus im Haushalt vorgelegt werden, während über die tatsächlichen Niveaus im Laufe des Jahres mit der Regelmäßigkeit, die angemessen erscheint, informiert werden könnte. Außerdem könnte jährlich über die Schuld, eventuell mittels gutachterlicher finanzieller Rechenschaftsberichte für den allgemeinen Gebrauch und anderer Berichte der Zentralregierung berichtet werden.
11. Wie bereits im Teil 2 dieser Broschüre angedeutet wurde, haben die ORPÄ viele Möglichkeiten, um mit der Definition oder Offenlegung der Staatsschuld verbundene Fragen zu untersuchen und diesbezüglich zu informieren. Das Ausmaß, mit dem die ORPÄ die Form und den Inhalt dieser Berichte über die Staatsschuld erwägen müssen, hängt von den Zielsetzungen dieser Berichte ab. Zum Beispiel:

Teil 5

Allgemeine Leitlinien zur Vorlage von Berichten über die Staatsschuld

- *Berichte, die im Innern der Regierungen erstellt werden, um sie bei der Formulierung und Ausführung ihrer Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik zu unterstützen.* Diese Berichte könnten von der formellen Revision durch die ORPÄ ausgenommen werden. Wenn sie jedoch der Legislatur vorgelegt werden, um die Haushaltsvorschläge zu unterstützen, könnte das ORPA es als ratsam erachten, sie zu überprüfen, um zu verifizieren, ob ihnen eine geeignete Basis zu Grunde gelegt und ihre Information auf verständliche und konsistente Weise präsentiert wird.
- *Vorhersagen über den Jahresumsatz, der als Ergebnis der Anwendung des Haushaltsbudgets vorausgesehen wird.* Es ist möglich, daß diese Berichte auch nicht einer direkten Revision unterworfen werden, aber die Revision der Ergebnisse könnte dem ORPA die Möglichkeit geben, die Grundlagen, nach denen diese Berichte vorbereitet wurden, zu erläutern.
- *Vorhersage der Auswirkungen, die auf lange Sicht die Zahlungen des Schuldendienstes und die Tilgungszahlungen auf die öffentlichen Finanzen haben.* Obwohl sie nicht seiner direkten Überprüfung unterliegen, könnte das ORPA allgemeine Kommentare hinsichtlich ihrer Sachdienlichkeit und Klarheit machen, wenn diese Berichte der Legislatur vorgelegt werden.
- *Ergebnisberichte (sowohl der Schuldbewegungen als auch ihres Saldos), die dazu beitragen, eine angemessene Rechnungslegung derjenigen öffentlichen Einrichtungen zu garantieren, die Schulden eingehen.* Im allgemeinen sind diese ExPost-Berichte der formellen Revision durch das ORPA unterworfen, was ihm die Möglichkeit gibt, Kommentare hinsichtlich der Richtigkeit der Grundlagen, nach denen sie vorbereitet wurden, sowie ihrer Klarheit und Sachdienlichkeit im allgemeinen zu machen.
- *Berichte an internationale Organismen.* Diese Berichte müssen in Übereinstimmung mit den Regeln, die diese Organismen aufgestellt haben, erstellt werden, die ebenfalls die mögliche Beteiligung des ORPA's normieren könnten.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Element	Schließ ein	Messung
1. Wertpapiere.	Schließen die traditionellen Staatsanleihen ein, die von den Gläubigern (die staatliche Einrichtungen sein können) durch Kreditpapiere erlangt werden, in denen normalerweise der Schuldbetrag, der anwendbare Zinssatz oder Nachlaß, die Garantie (gegebenenfalls) und der Tilgungszeitraum spezifiziert werden. Für die Zwecke des vorliegenden Dokuments umfassen Wertpapiere die kurz-, mittel- und langfristigen.	<p>Wenn die bei Fälligkeit der Kreditpapiere zu zahlenden Beträge fest sind, muß die sich ergebende Staatsschuld normalerweise auf der Grundlage dieser Beträge bemessen werden. Alle bezüglich der Höhe der anfangs eingegangenen Anleihen auftretenden Unterschiede aufgrund der Ausgabe von Wertpapieren mit Nachlaß (oder Prämie) müssen normalerweise als Teil der Anfangskosten eines Kredits (oder als kompensiertes Einkommen) betrachtet werden. Es kann eine Ausnahme gemacht werden, wenn der Betrag des Nachlasses beträchtlich ist und die Wertpapiere langfristig ausgegeben wurden, weshalb die Kosten ungerechtfertigterweise im ersten Jahr der Tilgungsperiode auferlegt werden könnten; in ähnlichen Fällen könnte es angemessen sein, den Betrag des Nachlasses (oder der Prämie) während der Fälligkeitsfrist des Kreditpapiers zu amortisieren. Die Politik, die in den Vereinigten Staaten zur Messung der Kreditpapiere mit festem oder variablem Wert angewandt wird, wird im Nachtrag dieses Anhangs aufgeführt.</p> <p>Wenn die Titel mit Leichtigkeit verhandelt werden können, können ihre Marktpreise sehr unterschiedlich von ihren Nominalwerten sein. Normalerweise beeinträchtigt dies nicht die Meßgrundlage der daraus resultierenden Staatsschuld; wenn jedoch eine öffentliche Einrichtung aktiv Regierungswertpapiere verhandelt, könnte es ratsam sein, die entsprechende Staatsschuld an ihrem Marktwert zu messen.</p> <p>Die Instrumente können komplexer sein. Zum Beispiel im Fall des Austausches von Zinssätzen oder Wechselkursen müssen die Rechnungsprüfer sorgsam die benutzte Basis untersuchen, um diese Instrumente zu bewerten (die im allgemeinen auf Bargeldflüsse mit Nachlaß gegründet sind).</p>
2. Bankdarlehen.		Normalerweise werden die Zahlungsbeträge mit völliger Klarheit spezifiziert und bilden eine geeignete Grundlage, um die entsprechende Staatsschuld zu messen. Ausnahmen sind nur in den Fällen gerechtfertigt, in denen Bankkredite zu speziellen Bestimmungen und Bedingungen aufgenommen wurden.
3. Darlehen ausländischer Regierungen und internationaler Organisationen.		Im allgemeinen werden diese Kredite in ausländischer Währung aufgenommen und müssen auch in dieser Währung bezahlt werden. Da diese Saldos in den Berichten zur Staatsschuld in einer bestimmten Währung präsentiert werden müssen (z.B. in Pfund im Fall des Vereinigten Königreichs), müssen sie in diese Währung gemäß den im Markt geltenden Wechselkursen umgewandelt werden. Im allgemeinen wird es ausreichend sein, ihre Umrechnung periodisch durchzuführen (für Prüfungszwecke z.B.), für langfristige Planungszwecke der Schulprogramme könnte es jedoch notwendig sein, den Wechselkurs zu schätzen, nach dem sie bezahlt werden sollen.
4. Aufgrund öffentlicher Sparprogramme erlangte Mittel.	Schließen die in den von der Regierung betriebenen Sparkassen hinterlegten Beträge und die mittels ähnlicher Mechanismen erlangten Beträge ein.	Normalerweise werden die den Sparern geschuldeten Beträge mit aller Klarheit spezifiziert und bilden eine geeignete Grundlage, um die entsprechende Staatsschuld zu bemessen. Aufgrund ihrer Natur setzen sich diese Passiva im allgemeinen aus einer großen Anzahl vergleichbarer geringer Beträge zusammen, die häufig durch Finanzmakler verwaltet werden; aus diesem Grunde könnte die Hauptschwierigkeit für ihre Messung in der Vertrauenswürdigkeit der Basisregister bestehen.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Präsentation und Offenlegung

Bei ihrer Offenlegung könnte die folgende Information in Betracht gezogen werden:

- Der Saldo der Gesamtschuld, wobei der Bruttobetrag der Schuld getrennt angezeigt wird und, gegebenenfalls die Teilbeträge, die den Unterbehörden und Dienststellen der Regierungseinheit entsprechen.

- Die Beträge, die Ausländern geschuldet werden, wenn dies möglich ist. Diese Information ist wichtig, da die Zahlungen ans Ausland aufgrund der Zinsen oder des Kapitals das Wirtschaftswachstum des Schuldnerlandes begrenzen könnten. Im Fall der mit verhandelbaren Dokumenten eingegangene Staatsschuld ist es jedoch sehr schwer, die Nationalität der Halter zu erfahren.

- Die in ausländischer Währung bezeichneten Schulden und die Wechselkurse, die zu ihrer Bewertung angewandt werden würden. Die in Devisen bezeichnete Schuld kann aufgrund der Wechselkursschwankungen mehr Schwankungen unterliegen als die in nationaler Währung bestimmte.

- Neue Passiva. Was die in einem Zeitraum eingegangenen Passiva betrifft, schließt die Information die Arten der Gläubiger, die Bestimmungen und Bedingungen zu denen die Schuld eingegangen wurde und, möglicherweise, die Ausgaben, die aufgrund dieses Konzepts in der Zukunft getätigt werden müssen. Arten und Bedingungen der Schuldinstrumente. Was die Arten von Instrumenten betrifft, unterteilt sich die Schuld in allgemeine Posten wie gezogene Wechsel, Solawechsel und Schuldverschreibungen. Bezüglich der Bedingungen der Instrumente würde über ihre Fälligkeitsfristen, die Umstände unter denen ihre Zahlung einforderbar ist und ähnliche Bedingungen informiert werden: Andere nützliche mit den Fälligkeiten verbundene Informationen wären die zu zahlenden konsolidierten Schuldbeträge auf kurz-, mittel- und langfristige Sicht und ihre durchschnittliche Fälligkeitsfrist.

- Maßgrundlagen. Es muß sowohl über die Maßgrundlagen, die angewandt wurden als auch über alle Änderungen, die diesbezüglich seit dem letzten Bericht durchgeführt wurden, informiert werden. Der Gebrauch unterschiedlicher Maßgrundlagen kann sehr unterschiedliche Resultate hervorrufen. Abhängig von der Art der Schuldverschreibung kann sich ihr Marktwert beispielsweise aufgrund der Schwankungen der Zinssätze beträchtlich verändern. Unterschiedliche Methoden zur Amortisierung der Prämien und Nachlässe können auch zu sehr unterschiedlichen Höhen führen soweit es den Schuldendienst betrifft und es könnte notwendig werden, die Schuldwerte anzupassen, wenn die Instrumente vor Fälligkeit zurückgezogen wurden.

- Zahlungen aus Kapital. Die Information würde die Zahlungsbeträge, die auf Kapital geleistet wurden und die im Zeitraum geleistet wurden, die zu ihrer Finanzierung verwendeten Mittel und ihre Effekte auf die Saldos der entsprechenden Abschreibungsfonds umfassen.

- Schuldendienst. Es wird über die Zinsen, Kommissionen und andere Verwaltungskosten informiert, die in diesem Zeitraum gezahlt wurden.

- Umschuldung. Die Information würde die Ergebnisse aller Wiederverhandlungen der Staatsschuld einschließen, die in einem Zeitraum durchgeführt wurden, zusammen mit den Bestimmungen und Bedingungen, zu denen sie paktiert wurde.

- Gebrauch der Fonds. Wenn die Kredite zur Finanzierung spezifischer Projekte erlangt wurden, könnten die Zwecke und von den Projekten erwarteten Vorteile detailliert werden. Soweit es möglich ist, würde man auch über die Einkommensquellen und zur Bezahlung der Schuld notwendigen Bargeldflüsse informieren sowie die erwartete Projektlaufzeit berichten.

- Vergleich der realen Niveaus der Schuld mit den geschätzten. Die Information würde einen angemessenen Vergleich der Schätzungen und Ergebnisse hinsichtlich der Niveaus der Gesamtschuld, der Kapitalzahlungen, des Schuldendienstes und der Zinssätze beinhalten. Wenn es möglich wäre, würden auch alle bedeutenden Abweichungen erklärt werden.

- Risikoabwägung. Es würde Information bezüglich der möglichen Verletzlichkeit durch Schwankungen der Zinssätze, der Wechselkurse und anderer Faktoren präsentiert werden, die die Schuldtilgung beeinflussen. Z.B. müßte die zu flotierenden Zinssätzen eingegangene Schuld spezifiziert werden. Auch würde über die Operationen informiert werden, die auf dem Markt der abgeleiteten Finanzierungsinstrumente mit dem Ziel, diese Verletzlichkeit zu verringern, durchgeführt wurden, wie Handel mit Devisen- und Zins-Swapgeschäften. Da diese Operationen auf den Derivatmärkten sehr komplex und von technischer Natur zu sein pflegen, müßte man sich versichern, daß die entsprechende Information leicht verständlich für diejenigen ist, die keine speziellen technischen Kenntnisse auf dem Gebiet haben.

- Rechtliche Anforderungen und Beschränkungen. Es wird ordnungsgemäß über alle wichtigen rechtlichen Anforderungen und Beschränkungen informiert. Die diesbezügliche Information müßte ausreichend sein, um zu zeigen, daß alle diese Anforderungen und Beschränkungen eingehalten wurden. Um die Information zu bestimmen, die im besonderen präsentiert werden müßte, können verschiedene Quellen konsultiert werden, wie die Grenzen, die die Verfassung und andere rechtliche Reglementarien für die Höhe der Gesamtstaatsschuld oder den Schuldendienst aufzeigen, Beschränkungen für den Gebrauch von mit Hilfe von Krediten erlangter Mittel, reglementierende Bestimmungen, die die Vollmachten zuordnen, um Schulden zu Lasten öffentlicher Einrichtungen einzugehen, Gesetze, die die öffentlichen Einrichtungen bezeichnen, die für die Staatsschuld, die andere Einrichtungen dieser Art eingehen, verantwortlich sind und Anforderungen hinsichtlich der Währungen, in denen die Staatsschuld eingegangen werden kann, oder ihre Quellen.

In dem Fall, daß eine öffentliche Stelle Passiva zu Lasten einer anderen eingegangen wäre, würde sich die Information auf die Höhe der Schuld, die Arten der Instrumente und den Gebrauch der Mittel beschränken. Die übrige Information müßte die Stelle, die die Mittel erhalten hat, liefern.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Element	Schließt ein	Messung
5. Geldausgabe	Im Umlauf befindliche Geldscheine und Münzen, die die Regierung ausgegeben hat oder auf Rechnung der Regierung ausgegeben wurden.	Die Geldausgaben, die die Regierungen durchführen oder die auf Rechnung der Regierung durchgeführt werden, stellen Darlehen dar, die keine Zinsen verursachen. Aus diesem Grunde muß der Nominalwert der akkumulierten Nettogeldausgaben als Teil der Staatsschuld registriert werden. Da der Wertverlust eines Teils der Geldscheine und Münzen unvermeidlich ist, und diese deshalb aus dem Verkehr gezogen werden, ist es gerechtfertigt, in periodischen Abständen bestimmte Beträge aufgrund dieser Verluste und unter Zugrundelegung der besten verfügbaren Information hinsichtlich der Verlustgröße zu streichen. Die gesamte diesbezügliche Politik muß offengelegt werden.
6. Ausstehende Rechnungen aufgrund des Ankaufs von Gütern und Dienstleistungen		Wenn für die Buchführung der Regierung eines Landes die Akkumulationsbasis angewandt wird, werden die Kosten für erworbenen Güter und Dienstleistungen automatisch in dem Maße registriert, in dem sie proportioniert werden. Nur in den Fällen, in denen die Buchführung auf der Grundlage des Empfangs und der Zahlung der Erwerbungen durchgeführt wird, ist es notwendig, eine Anpassung vorzunehmen, um die empfangenen Güter und Dienstleistungen zu decken, die nicht bezahlt wurden. Die geeignetste Methode, um den Betrag dieser Anpassung zu berechnen, hängt von der Form ab, in der die Buchhaltung der Regierung geführt wird; aber das wahrscheinlichste ist, daß dies einen Kompromiß zwischen der Genauigkeit und Kräfteverwertung bedeutet.
7. Passiva aufgrund von langfristigen Mietverträgen Mietverträge für mehr als ein Jahr, die die Kapital- oder Operationsbedürfnisse befriedigen können		Die richtige Behandlung dieser Passiva hängt von den Bedingungen und speziellen Zwecken der Mietverträge ab. Wenn die Passiva proportional zu den durch die Mietverträge erlangten Gewinnen sind, besteht normalerweise nicht die Notwendigkeit, sie als Staatsschuld zu registrieren; dies wird nur in dem Fall notwendig sein, daß kein Gleichgewicht zwischen den einen und den anderen besteht.
8. Passiva aufgrund von Pensionen und medizinischer Versorgung für die öffentlichen Angestellten		Wenn Fonds eingerichtet wurden, um die sozialen Leistungen aufgrund Pensionen oder medizinischer Betreuung für öffentliche Angestellte zu bezahlen, ist es nicht erforderlich, eine zusätzliche Provision in den Ziffern der Staatsschuld einzuschließen. Die Mittel, die durch die zu diesem Zweck geleisteten Beiträge angehäuft wurden, und ihre Investition müssen ausreichend sein, um zukünftig die durch das aktive Personal erworbenen Rechte zu decken. Hiervon müssen sich die Rechnungssachverständigen durch periodische Revisionen dieser Fonds überzeugen. Nur in dem Fall, daß keine Fonds dieser Art eingerichtet wurden, würde die Notwendigkeit bestehen, die entsprechende Provision in den Zahlen der Staatsschuld zu machen. Der Betrag der Provision müßte dem entsprechen, der für die Einrichtung dieser Fonds aufgewendet wurde. Im allgemeinen wurden die Rechte der öffentlichen Angestellten mit der notwendigen Klarheit definiert, damit dieser Betrag mit ausreichender Präzision bestimmt werden kann. Das ORPA muß die Möglichkeit haben, sich zu versichern, daß bei seiner Berechnung die richtigen Rechnungsprinzipien und -parameter angewandt wurden.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Präsentation und Offenlegung

Die Information beinhaltet den Wert der Geldscheine und Münzen im Umlauf am Tag des Berichts sowie die Geldreserven, die ausdrücklich zu ihrer Deckung bewahrt werden. Im allgemeinen wird die nationale Währung durch die Zentralbank ausgegeben, deren Verhältnis zur Regierung von einem Land zum anderen variiert. Alle diesbezüglichen Details in dieser Beziehung müssen erlangt und analysiert werden, um zu bestimmen, ob es angezeigt ist, die Zentralbank mit der Regierung zum Zwecke der finanziellen Rechenschaftsberichte zu konsolidieren.

Die Passiva diesen Typs pflegen in der Buchhaltung geführt zu werden und in dem finanziellen Lagebericht oder in der allgemeinen Bilanz der entsprechenden öffentlichen Stelle präsentiert zu werden. Was die langfristigen Mietverträge und sozialen Leistungen für Pensions und medizinische Versorgung betrifft, könnte zusätzliche Information in Anmerkungen zu den finanziellen Rechenschaftsberichten vorgelegt werden.

Hinsichtlich der Mietverträge schließt diese Information die Aufgliederung der Passiva in ihre Operations- und Kapitalkomponenten und die Mindestzahlungen ein, die in jedem der fünf folgenden Jahre zu leisten sind. Die Passiva aufgrund sozialer Leistungen auf dem Gebiet der Pensionen und medizinischen Betreuung bestimmen die Rechnungssachverständigen. Die Details bezüglich der von den Rechnungssachverständigen angewandten Methode und die wichtigen Voraussetzungen, auf die sich gegründet wurde, können in den Anmerkungen zu den finanziellen Rechenschaftsberichten resümiert werden. Auch könnte es ratsam sein, eine Sensibilitätsanalyse durchzuführen, um den Grad zu bestimmen, in dem die Passiva differieren würden, falls sich die Voraussetzungen der Rechnungssachverständigen ändern.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Element	Schließt ein	Messung
9. Steuerrück- erstattungen		Die Bedeutung und richtige Behandlung dieses Konzepts hängt von der Art des Steuersystems in dem betreffenden Land ab. Wenn mit einem System gearbeitet wird, gemäß dem die Steuerzahler die Steuern zu ihren Lasten bestimmen und Anreize zur Erhöhung der Zahlungen auf Rechnung diese Steuern verliehen werden, könnte der zurückerstattende Gesamtbetrag von solcher Größe sein, daß es notwendig wäre, ihn in jeden Stand der Staatsschuld als einen Posten einzuschließen, wofür eine Schätzung auf der Grundlage der bestmöglichen Information, über die die Steuerbehörden verfügen, vorzunehmen wäre. In den Steuersystemen, in denen die zurückerstattenden Beträge einfach das Ergebnis einer Korrektur der nicht zulässigen Belastungen sind, stellen diese Beträge bloße Schwankungen hinsichtlich der Einziehungsmöglichkeit dar, die nicht bedeutend genug sind, um getrennt berücksichtigt zu werden.
10. Andere durch Einrichtungen des öffentlichen Sektors erbrachte Leistungen	Schließen soziale Verpflichtungen ein, die in ausdrücklicher oder stillschweigender Weise die Regierung verpflichten, Zahlungen gemäß diverser Programme zu leisten. Obwohl diese Verpflichtungen schwer zu beziffern sein können, sind sie fast immer wichtig und müssen deshalb (vielleicht auf ihrer Schätzungsbasis) für jegliche Bewertung der Schuld des öffentlichen Sektors berücksichtigt werden.	Auf diese Leistungen sind ähnliche Prinzipien anwendbar wie auf die Leistungen für öffentliche Angestellte mit der Ausnahme, daß in diesem Fall die Rechte normalerweise nicht mit derselben Klarheit definiert wurden und in größerem Ausmaß zukünftigen politischen Entscheidungen unterliegen können. Vorausgesetzt, daß die Zahlung dieser Leistungen durch keinen Fonds gedeckt ist, müssen die entsprechenden Provisionen in die Zahlen der Staatsschuld mit eingeschlossen werden. Für ihre Provision müssen angemessene Prinzipien der Rechnungsführung angewandt werden. Aufgrund der Unsicherheit jedoch, die hinsichtlich der Kontinuität der Rechte besteht, ist es möglich, daß die Endprovisionen nicht sehr präzise sind.
11. Entschädigungen		In jedem dieser Posten existierten nur Eventualverpflichtungen, deren Höhe, soweit einforderbar, nicht mit Genauigkeit geschätzt werden kann. Wenn auch die Existenz dieser Eventualverpflichtungen mit der bestmöglichen Information hinsichtlich des Höchstbetrages, zu dem sie anwachsen können, rückhaltlos offengelegt werden muß, werden die Zahlen nicht immer genau sein.
12. Garantien	Sie schließen gegebenenfalls sowohl von anderen Einrichtungen des öffentlichen Sektors als auch von privaten oder quasi-öffentlichen Einrichtungen erhaltenen Garantien sowie die zu anderen Zwecken vergebenen Garantien wie Exportfinanzierungen und Wechselkursdeckungen ein.	
13. Bestätigungs- ("comfort letters") und Zertifikationschreiben, die nicht rechtlich binden		
14. Versicherungs- und Rückversicherungs- programme		Auf der Grundlage der Erfahrung und des professionellen Urteils ist es möglich, die Höhe der Passiva, die die Versicherungsprogramme schaffen können, vernünftig zu schätzen. Diesbezüglich kann das ORPA sich versichern, daß man die richtige Beratung erhält und die richtige Beratung angewendet wird.
15. Andere Verpflichtungen	Andere Verpflichtungen abgeleitet aus Verträgen, Übereinkommen, Gesetzen und Verordnungen, die sich in Realverpflichtungen umwandeln könnten, sobald bestimmte spezifische Bedingungen erfüllt wurden.	Diese Verpflichtungen könnten eine große Vielzahl von Umständen umfassen, von denen jeder einzelne getrennt betrachtet werden muß. Es wird notwendig sein, diesbezüglich eine klare Politik zu etablieren und diese Politik in konsistenter Weise durchzusetzen.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Präsentation und Offenlegung

Die Information schließt fiskalische Effekte ein, die auf lange Sicht die Pensionsprogramme und ähnliche Programme der Regierung in der Form haben, in der sie bis dahin definiert werden, für die langfristig öffentliche Mittel veranschlagt wurden. Auch würde man eine kurze Beschreibung dieser Programme, ihrer Finanzquellen und gegebenenfalls der rechnerischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen machen, die in Betracht gezogen wurden, um die entsprechenden Kosten und Vorteile abzuschätzen. In den folgenden Jahren wird der SSA mit den diesbezüglichen Untersuchungen fortfahren und, soweit es möglich ist, zusätzliche Richtlinien an die ORPÄ ausgeben.

Die Information wird eine Beschreibung der Bestimmungen und Bedingungen der gültigen Entschädigungsübereinkommen einschließen; die Bedingungen, unter denen Zahlungen aufgrund dieses Konzepts einforderbar sind; die Höhe der geleisteten Zahlungen gemäß dieser Übereinkommen während des Berichts und vorher; und, soweit deren Schätzung angeraten erscheint, die Beträge, die möglicherweise in vergangenen Zeiträumen gezahlt hätten werden müssen.

Die mit den Garantien zusammenhängende Information kann folgendes einschließen: eine Beschreibung der Politik und/oder Programme, auf die die Garantien gegründet wurden; das große Risiko, dem eine öffentliche Einrichtung ausgesetzt ist, die eine Garantie verliehen hat, einschließlich ihrer Verantwortlichkeiten bezüglich der Zahlung des Kapitals und der Zinskosten, Kommissionen und Wechselkursrisiken, falls zutreffend (unterteilt in Verantwortlichkeiten, die in nationaler Währung und in ausländischer Währung bezeichnet sind); die im Zeitraum gezahlten Beträge, um den Garantien nachzukommen; in vorigen Zeiträumen aufgetretene Nichterfüllungen; und, soweit möglich, eine Schätzung der Beträge, zu denen zukünftige Nichterfüllungen anlaufen könnten. Was die Bestätigungsschreiben ("comfort letters") und ähnliche Instrumente betrifft, kann die Information eine Beschreibung der Art und Reichweite der Bescheinigungen beinhalten; Die Politik und/oder Programme, auf die sie sich gründen; die aufgrund dieses Konzepts gezahlten Beträge im Zeitraum; und, soweit möglich, eine Schätzung der in späteren Perioden zu zahlenden. Auch werden die angewandten Wechselkurse für die Bewertung der Eventualverpflichtungen aufgezeigt werden.

Die Information wird eine Beschreibung der Hauptcharakteristika jeden wichtigen Programms enthalten, seiner Finanzierungsquellen, der Tendenzen der Zahlungen aufgrund Reklamationen und Einziehung der Prämien sowie Schätzungen zukünftiger Verluste.

Wenn ein Reservefond eingerichtet wurde, müäten Einzelheiten zur Höhe des Fonds und seine Hinlänglichkeit zur Deckung der Verluste geliefert werden.

Es wird die mit der Art und Höhe jeder Verpflichtung oder Verpflichtungstyp zusammenhängende Information von Wichtigkeit zusammengefaßt. Diese Information könnte die Kosten enthalten, die man zur Behebung von Umweltschäden kalkuliert.

ANHANG A

Grundlagen zur Messung der Staatsschuld

Nachtrag zum Anhang A

Beispiel der Buchführungspolitik zur Bewertung von Kreditpapieren mit festem und variablen Wert (sehen Sie Anhang A, erster Absatz)

Methode zur Bewertung von Kreditpapieren mit festem und variablem Wert (EAU)

Der Wert der Kreditpapiere mit festem Wert zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit oder ihrer Ablösung wird im Moment ihrer Ausgabe bekannt. Diese Wertpapiere werden nach ihrem ursprünglichen Nennwert (pari) bemessen, nachdem alle Nachlässe oder nicht amortisierten Prämien abgezogen wurden. Die Titel, die zum Nennwert verkauft werden (pari) haben keinen Nachlaß oder Prämie und werden nach ihrem Nennwert bewertet (pari).

Der Wert der Kreditpapiere, die mit Nachlaß verkauft werden, steigt zwischen dem Verkaufsdatum und ihrem Fälligkeitsdatum an, während der Wert derjenigen Kreditpapiere, die mit Prämie verkauft werden, abnimmt. Die Amortisierung des Nachlasses oder der Prämie kann nach der gradlinigen Methode oder der Zinsmethode durchgeführt werden. Jede Methode wird akzeptiert in den Fällen:

- kurzfristiger Titel mit Fälligkeiten von einem Jahr oder weniger und
- langfristiger Titel, bezüglich derer der Amortisationsbetrag gemäß der gradlinigen Methode nicht in bedeutender Weise von dem, der sich aufgrund der Anwendung der Zinsmethode ergibt, abweicht.

In den übrigen Fällen muß die Zinsmethode zur Amortisierung der Nachlässe oder Prämien angewandt werden.

Der Wert der **Kreditpapiere mit variablen Wert** an ihrem Fälligkeits- oder Ablösetag ist im Zeitpunkt ihrer Ausgabe nicht bekannt. Die Werte dieser Titel können entsprechend der anwendbaren Normen oder der spezifischen Bestimmungen, unter denen der Emittent sie anbietet, variieren. Diese Titel werden am Anfang bemessen und periodisch zu ihrem aktuellen Wert Neubewertet entsprechend der Normen oder Bestimmungen, die durch den Anbieter aufgestellt wurden.

Anhang B

Beispiele der verschiedenen Arten von Eventualverpflichtungen, über die die ORPÄ informiert

Arten der Eventualverpflichtungen

Beispiele

Garantien

- ✓ Garantien, die verliehen wurden, um die Haushaltskosten der Kredite, die die Europäische Union (Vereinigtes Königreich) erhält und vergibt, zu bestreiten
- ✓ Wachsende Reklamationen bzgl. des Bankfonds zum Schutz des Sparguthabens (FOBAPROA), einem Treuhandvermögen, das zum Schutz der Sparer im Falle des Bankrotts gegründet wurde (Mexiko)

Gerichtsverfahren

- ✓ Verpflichtungen oder Reklamationen von seiten Dritter, die die Verantwortung des Betreibers im Fall eines Atomunfalls im Vereinten Königreich überschreiten
 - ✓ Gerichtsverfahren gegen die Regierung, die durch Eigentümer nationalisierter Unternehmen eingeleitet wurden, mit denen Entschädigungen für die erlittenen Verluste während der Zeit, in der sie wie öffentliche Unternehmen verwaltet wurden, eingeklagt wurden (Portugal)
 - ✓ Gerichtsverfahren gegen die Regierung wegen Anspruchserhebung auf Indianergebiete (Kanada)
 - ✓ Einforderung von Steuerrückerstattungen zu beträchtlichen Beträgen (Kanada)
 - ✓ Gerichtsverfahren gegen die Regierung, eingeleitet durch Pensionsempfänger aufgrund der Gesetzesreformen, die als Ergebnis der Finanzkrise durchgeführt wurden (Argentinien)
-

ANHANG B

Beispiele der verschiedenen Arten von Eventualverpflichtungen, über die die ORPÄ informierten

Nicht eingezahltes gezeichnetes Gesellschaftskapital

- ✓ Zeichnung von Aktien der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Bank für europäische Investition, deren Zahlung auf Antrag dieser Institutionen einforderbar wäre (Vereinigtes Königreich)

Ersatzleistungen/ Entschädigungen

- ✓ Entschädigungen an Schiffseigentümer aufgrund durch Dritte eingereichter Klagen wegen nuklearer Müllbeseitigung ins Meer (Vereinigtes Königreich)
- ✓ Entschädigungen an einen Busbahnhof aufgrund der Beseitigung der inneren Grenzen Europas, wodurch sich die erwarteten Gewinne dieses Unternehmens verringerten (Portugal).
- ✓ Entschädigungen wegen Fahrlässigkeit aufgrund von Infektionen, die mittels Bluttransfusionen und auf Blut basierter Produkte übertragen wurden (Kanada)
- ✓ Übereinkommen zur Entschädigung von Belieferern der Regierung durch Schatzanweisungen auf Rechnung anhängiger Klagen und Schulden (Argentinien)
- ✓ Entschädigungen an Personen, die während der Militärdiktatur im Gefängnis waren entsprechend der Dauer ihrer Gefängnishaft (Argentinien)

Versicherungen

- ✓ Versicherungen für öffentliche Schulen, die nicht die Möglichkeit haben, kommerzielle Versicherungen abzuschließen (Vereinigtes Königreich)

Hilfe bei Schäden

- ✓ Schaffung von Fonds zur Betreuung von Notfällen in der Europäischen Union (Vereinigtes Königreich)

Pensionen

- ✓ Abkommen zur Deckung eines jeden Defizits, das verhindert, daß die Pensionsfonds an ihre Mitglieder auszahlt werden (Vereinigtes Königreich)
- ✓ Abkommen zur Entschädigung von Pensionsempfängern durch Schatzanweisungen gemäß den getroffenen Übereinkommen bezüglich der noch anzuerkennenden Schulden (Argentinien)

ANHANG B

Beispiele der verschiedenen Arten von Eventualverpflichtungen, über die die ORPÄ informiert

Verpflichtungen im allgemeinen

- ✓ Mögliche Verpflichtungen gemäß den Bestimmungen der Europäischen Patentkonvention (Vereinigtes Königreich)
 - ✓ Hilfe für Kreditkartenschuldner (Mexiko)
 - ✓ Übernahme von Verpflichtungen aus der Restrukturierung der Nationalen Bank des Heers, der Luftwaffe und der Kriegsmarine (Mexiko)
-

Kommentar: Die vorangehenden Beispiele zeigen die Vielfältigkeit der Verpflichtungen und die Form, in der in einigen Fällen die Eventualverpflichtungen berücksichtigt werden. Zum Beispiel können die Passiva das Ergebnis einer durch die Regierung etablierten Politik sein, um den verschiedenen sozialen oder wirtschaftlichen Sektoren zu helfen, oder der Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, die die Regierung verpflichten, Hilfe und Unterstützung zu leisten.

Anhang C

Hauptergebnisse der Umfrage über die Arten und Niveaus der Eventualverpflichtungen und die Aufgabe der ORPÄ bei ihrer Revision

Hintergrund

1. Angesichts des Informationsmangels, der hinsichtlich der Eventualstaatsschuld besteht, hat der Staatsschuldausschuß beschlossen, diesbezüglich eine Umfrage durchzuführen.
2. Die Hauptziele der Umfrage waren folgende:
 - ein größeres Interesse für dieses Thema innerhalb der ORPÄ zu erzeugen;
 - mehr Information über verschiedene Typen der Eventualverpflichtungen zu erhalten;
 - die Form kennenzulernen, in der die ORPÄ die Aufgabe verstehen, die sie bei der Revision der Passiva dieser Art zu erfüllen haben, und die Form, in der die Regierungen sie überwachen.
3. Die eingeschlagene Methode besteht darin, einen vorläufigen Fragebogen vorzubereiten, der von einer geringen Anzahl von ORPÄ beantwortet wurde. Anschließend wurde auf der Grundlage unserer Anfangserfahrung ein definitiver Fragebogen ausgearbeitet, der an 41 Mitglieder des INTOSAI versandt wurde.
4. Die ORPÄ aller Kontinente wurden eingeladen, an einem repräsentativen Test der INTOSAI-Mitglieder teilzunehmen (ungefähr 160 ORPÄ). Die Mehrheit der ausgewählten ORPÄ beantwortete den Fragebogen.

Hauptergebnisse der Umfrage

5. Der Fragebogen wurde an 41 ORPÄ versandt, die ungefähr 25% der Gesamtheit der INTOSAI-Mitglieder darstellen. Man erhielt Antworten von 30 ORPÄ, die 18% der INTOSAI-Mitglieder darstellen und 71% der ORPÄ, die zur Umfrage eingeladen wurden.
6. Die Umfrage enthielt folgende acht Fragen:

ANHANG C

Hauptergebnisse der Umfrage über die Arten und Niveaus der Eventualverpflichtungen und die Aufgabe der ORPÄ bei ihrer Revision

- Frage 1: Verwendet dieses ORPA eine Definition der Eventualverpflichtungen?
 - Frage 2: Wurden von Ihrer Regierung oder anderen öffentlichen Einrichtungen eingegangene Eventualverpflichtungen identifiziert, die geprüft wurden? Wenn ja, beschreiben Sie sie bitte.
 - Frage 3: Was sind die häufigsten Quellen der Eventualverpflichtungen?
 - Frage 4: Wird in Ihrem Land ein Buchführungsregister der Eventualverpflichtungen geführt oder werden diesbezüglich Berichte vorgelegt?
 - Frage 5: Können Sie Information über die Eventualverpflichtungen nach ihrer haushaltsmäßigen Bedeutung erteilen?
 - Frage 6: Hat die Bundesregierung Ihres Landes Passiva, die zu Lasten unterer Regierungsebenen gingen, übernommen?
 - Frage 7: Welche Methode wird für die Buchhaltung der Eventualverpflichtungen oder die Vorlage von Berichten auf diesem Gebiet angewandt?
 - Frage 8: Regt dieses ORPA Prüfungsprogramme hinsichtlich der Eventualverpflichtungen an?
7. Die Antworten der ORPÄ wurden nach Kontinenten wie folgt geordnet:

Kontinent	Erhaltene Antworten
Afrika	1
Amerika	8
Asien	7
Europa	12
Ozeanien	2
GESAMT	30

ANHANG C

Hauptergebnisse der Umfrage über die Arten und Niveaus der Eventualverpflichtungen und die Aufgabe der ORPÄ bei ihrer Revision

8. Die Mehrheit der befragten ORPÄ (67%) verwenden eine Definition der Eventualverpflichtungen, die nicht notwendigerweise ihre eigene ist. In einigen Ländern wurden die Definitionen durch Gesetz oder Verordnungen etabliert. Auf der anderen Seite haben andere Länder als Referenz die Allgemein Akzeptierten Buchführungsprinzipien (AABP) oder internationale Definitionen angenommen. Einige ORPÄ verwenden ihre eigene Definition.
9. Es besteht allgemein Übereinstimmung mit Hinblick auf die Definition der Eventualverpflichtungen als mögliche Schuld, abgeleitet aus Verpflichtungen der derzeitigen Regierung oder voriger Regierungen, die real werden könnten, wenn bestimmte zuvor definierte Ereignisse eintreten.
10. Abgesehen davon, daß die Mehrheit der Länder über eine Politik hinsichtlich der Eventualverpflichtungen verfügen, war es bisher nicht möglich, ein Verzeichnis oder allgemeine Schlußfolgerungen diesbezüglich zu etablieren.
11. Ungefähr drei Viertel (72%) der ORPÄ berichteten, daß sie in ihren Prüfungen verschiedene Typen von Eventualverpflichtungen identifiziert haben. Die Garantien waren die Verpflichtungen, die am häufigsten festgestellt wurden und der Hauptursprung der Eventualverpflichtungen. In der folgenden Tabelle wird eine Zusammenfassung der geläufigsten Eventualverpflichtungen vorgelegt (sehen Sie auch Anhang A):

Identifizierte Passiva	Häufigkeit	%
Garantien	17	38,7
Gerichtsverfahren	4	9,2
Nicht eingezahltes gezeichnetes Kapital und zahlungspflichtig/fähig	1	2,3
Ersatzleistungen/Entschädigungen	6	13,6
Versicherungen	6	13,6
Hilfe bei Schäden	2	4,5
Pensions	2	4,5
Verpflichtungen im allgemeinen	6	13,6
GESAMT	44	100,0

Anmerkung: Aufgrund der großen Vielfalt von Arten von Eventualverpflichtungen, wurden mehrere von ihnen unter allgemeinen Verpflichtungen zusammengefaßt: Ausgabe von Schuldverschreibungen zur Deckung des Defizits, internationale Abkommen, Restrukturierung des Staates, Umweltverpflichtungen, Reformen des Steuersystems, Studentendarlehen, Exportgarantien, Preiskontrolle als Hilfe für den Warenkorb, etc.

ANHANG C

Hauptergebnisse der Umfrage über die Arten und Niveaus der Eventualverpflichtungen und die Aufgabe der ORPÄ bei ihrer Revision

12. Die Mehrheit der ORPÄ (fast 84%) erklärte, daß in ihren Ländern Methoden zur Buchführung der Eventualverpflichtungen eingeführt wurden oder Berichte zu dem Thema vorgelegt werden. Alle europäischen Länder, die an der Umfrage teilnahmen, beantworteten diese Frage mit ja. Das gebräuchlichste Mittel zur Registrierung der Eventualverpflichtungen und diesbezüglicher Informationen sind die finanziellen Rechenschaftsberichte (mehr als die Hälfte der befragten ORPÄ). Fast 20% der ORPÄ legen Berichte vor, die die Eventualschuld beinhalten. Auch in den Verwaltungsberichten wird über die Eventualverpflichtungen informiert. Nur in zwei Fällen stützen sich die Berichte auf eine Form von Haushaltsgesetz.
13. Wie es zu erwarten war, sind die Regierungsstellen mit der meisten Verantwortung auf diesem Gebiet das Finanzministerium oder die allgemeinen Buchhaltungsabteilungen, die oft an der Zusammenstellung zusätzlicher Information zu den Eventualverpflichtungen teilnehmen.
14. Die ORPÄ, die den Fragebogen beantworteten, schätzen das Niveau der Eventualverpflichtungen anhand des Bruttoinlandprodukts (BIP) oder der öffentlichen Ausgaben. Durchschnittlich könnten die Eventualverpflichtungen ungefähr 10% des BIP und fast 47% der öffentlichen Ausgaben betragen. Leider war es nicht möglich, mehr Daten zu erhalten, da man in dieser Etappe der Umfrage nicht über genauere Information verfügte.
15. Was sich auf die Übernahme der Passiva der unteren Regierungsebenen bezieht, berichteten nur 40% der ORPÄ, daß die Bundesregierung Passiva auf Rechnung von Provinzen oder Stadtgemeinden (örtliche Behörden) übernommen hat. Auch informierte man über Fälle, in denen Eventualverpflichtungen auf Rechnung von öffentlichen Unternehmen oder Gesundheits- und Schuldiensten übernommen wurden.
16. Die Hälfte der ORPÄ (50%) erklärten zumindest ihre Absicht, die Prüfungsprogramme mit Hinblick auf die Eventualverpflichtungen voranzutreiben. Jedoch war es notwendig, mehr Information von den ORPÄ anzufordern, um zu bestimmen, ob spezielle Prüfungsprojekte oder –programme diesbezüglich durchgeführt wurden.

Vorläufige Schlußfolgerungen

Die folgenden allgemeinen Schlußfolgerungen können in dieser Etappe der Umfrage gezogen werden:

- unter Eventualverpflichtungen versteht man im allgemeinen mögliche Schulden, die real werden können, wenn bestimmte zuvor definierte Ereignisse eintreten;

ANHANG C

Hauptergebnisse der Umfrage über die Arten und Niveaus der Eventualverpflichtungen und die Aufgabe der ORPÄ bei ihrer Revision

- die Eventualverpflichtungen, die am häufigsten identifiziert wurden, sind Regierungsgarantien;
- die finanziellen Rechenschaftsberichte sind das geläufigste Mittel, um über Eventualverpflichtungen zu informieren.
- die Eventualverpflichtungen stellen eine bedeutsame mögliche Staatsschuld gemessen am BIP und den öffentlichen Ausgaben dar;
- die Bundesregierungen übernehmen nicht automatisch die Eventualverpflichtungen auf Rechnung unterer Regierungsebenen;
- im allgemeinen treiben die ORPÄ Prüfungsprogramme mit Hinblick auf die Eventualverpflichtungen voran.

Anlage D

Beispiel der Offenlegung der Schuldkomponenten (Kanada)

Finanzielle Rechenschaftsberichte der kanadischen Regierung, öffentliche Konten Kanadas, 1997-98

Hilfe für Hepatitis C – Kranke

Die Bundes-, Provinz- und Territorialregierungen haben ihre Bereitschaft erklärt, den Kanadiern finanzielle Hilfe zu leisten, die durch das kanadische Blutsystem mit Hepatitis C zwischen 1986 und 1990 infiziert wurden. Die Bundesregierung hat akzeptiert, 800 Millionen Dollar zu diesem Zweck beizusteuern. Am 31. März 1998 hat die Regierung aufgrund dieses Konzepts ein Passiva von 800 Millionen Dollar verzeichnet sowie anderweitige Überweisungen von Geldern.

1. Aufgelaufenes Defizit

Gemäß ihrer Buchhaltungspolitik schließt die Regierung in ihre Einnahmen und Ausgaben die konsolidierten Transaktionen der Körperschaften der Krone und die Transaktionen, die in für spezielle Zwecke eingerichteten Konten registriert wurden, ein. Die anwendbare Gesetzgebung fordert, daß über die Einnahmen, die in für spezielle Zwecke eingerichteten Konten verzeichnet wurden, und entsprechende Zahlungen zu Lasten dieser Einnahmen informiert wird. Jedes Defizit der Zahlungen bezüglich der Einnahmen muß mit den Einkünften finanziert werden, die in der Zukunft mit diesen Konten aufgebracht werden. In der folgenden Tabelle werden die Salden dieser konsolidierten Konten und der thesaurierten Gewinne der Körperschaften der Krone gezeigt, die in das aufgelaufene Defizit eingeschlossen wurden:

	(Millionen Dollar)	
	1998	1997
Aufgelaufenes Defizit unter Ausschluß der konsolidierten Konten	592,142	589,045
Konsolidierte Konten		
Konto der Arbeitslosenversicherung	-12,840	-6,468
Konto zur Stabilisierung der Körner des Westens	1,085	1,085
Rückversicherungsfonds für Ernten	-1	222
Andere Versicherungskonten	-270	-261
Konten zur Stabilisierung von Agrarprodukten	-2	-11
Andere konsolidierte Konten	-378	-377
Konsolidierte Körperschaften der Krone	579,716	583,235
	-8	-49
Aufgelaufenes Defizit	579,708	583,186

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 4 dieser Broschüre erläutert.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

2. In Wertpapieren und anderen Finanzierungsinstrumenten eingegangene Schuld

i. In Wertpapieren eingegangene Schuld

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeitsfristen der Wertpapieremissionen und ihre entsprechenden Zinssätze präsentiert, je nach Währung und Instrumentenart zu ihrem Nennwert.

Millionen Dollar								
Fälligkeits-Jahr	Namensschuldverschreibungen			kanadische Solawechsel		Solawechsel in ausländischer Währung		Gesamt
	Kanad. Dollar	USD ¹ ausgedrückt in kanad. Dollar	Schatzanweisungen	Kanadische Sparbons ³	Schuldverschreibung für den kanad. Pensionsplan	USD ausgedrückt in kanad.-Dollar	USD ² ausgedrückt in kanad. Dollar	
1999	35,975	2,840	112,300	2,920	12	9,356	1,076	164,479
2000	44,903				18		248	45,169
2001	26,950	2,129			23		638	29,740
2002	21,121	1,420		2,350	17		298	25,206
2003	21,825	4,259		2,127	17			28,228
2004 und folgende	143,831	4,003		23,082	3,369		916	175,201
	294,605	14,651	112,300	30,479	3,456	9,356	3,176	468,023
Weniger der Wertpapiere in Regierungsbesitz	22			710				732
	294,583	14,651	112,300	29,769	3,456	9,356	3,176	467,291
Art des Zinssatzes ⁴	fest ⁵	fest	variabel	variabel	fest	variabel	fest ⁶	
Durchschnitt der realen jährl. Zinssätze ohne SWAPS	7,83	6,09	4,41	3,61	10,22	5,49	5,87	
Rang der Zinssätze	4,00-15,75	5,625-6,75	3,60-5,20	3,00-6,75	8,77-17,51	5,38-5,80	4,00-6,68	

¹ Schließt Namensschuldverschreibungen ein, die in anderen Währungen ausgegeben wurden und nachträglich mittels SWAPS in USD umgewandelt wurden.

² Die kanadischen Sparbons sind zahlbar bei Vorlage.

³ Die Solawechsel in ausländischer Währung umfassen kanadische Solawechsel in USD und mittelfristige Euro-Solawechsel in USD und anderen Devisen, die nachträglich mittels Swaps in USD umgewandelt wurden.

⁴ Die Schuld mit Fälligkeitsfristen von weniger als einem Jahr unterliegt variablen Zinssätzen.

⁵ Schließt Schuldverschreibungen mit realer Rentabilität ein, die eine variable Komponente basierend auf dem Verbrauchpreisindex haben.

⁶ Schließt mittelfristige Solawechsel zu variablen Sätzen ein.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

ii. Abgeleitete Finanzierungsinstrumente und Devisenverträge

(a) Swaps-Übereinkommen

Die Regierungsschuld wird zu festen und variablen Zinssätzen eingegangen und in kanadischen Dollar, US Dollar und anderen Währungen ausgedrückt. Die Regierung hat Devisen- und Zinsswap-Übereinkommen abgeschlossen, um die Verwaltung der Schuldenstruktur zu vereinfachen. Im Fall der Zinsswapgeschäfte hat sich die Schuld zu festen Zinsen in eine Schuld zu variablen Zinsen umgewandelt, die an die Sätze der Bankakzepte gebunden sind. Im Fall der Divisenswapgeschäfte hat sich die Schuld in kanadischen Dollar und anderen Währungen in eine Schuld in US-Dollar umgewandelt, sei es zu festen Zinssätzen oder zu variablen Zinssätzen, die an die Londoner Interbankrate (LIBOR) gebunden sind. Als übliche Praxis werden die Swappositionen der Regierung bis zu ihrer Fälligkeit bewahrt. Die gezahlten oder zu zahlenden Zinsen sowie die erhaltenen oder erwarteten Zinsen werden in allen Swap-Transaktionen als Teil der Bewegungen der Staatsschuld in der Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sowie des aufgelaufenen Defizits registriert.

Die Swaps aufgrund der vertraglichen Hauptschuld oder offenen Salden zum 31. März 1998 waren die folgenden:

(Millionen Dollar)				
	1998		1997	
Fälligkeits-jahr	Zinsswap-geschäfte in kanad. Dollar	Devisenswap-geschäfte in kanad. Dollar	Zinsswap-geschäfte in kanad. Dollar	Devisenswap-geschäfte in kanad. Dollar
1998			4,200 ¹	
1999	1,350		1,350	
2000	500	400	500	400
2001		25		
2002	250	1,360	250	1,360
2003		2,633	50	681
2004 und folgende	50	4,391		
	<u>2,150</u>	<u>8,809</u>	<u>6,350</u>	<u>2,441</u>

¹ Schließt 1.100 Millionen Swaps ein, aufgrund derer die vorigen Swapsätze angeglichen wurden.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

(b) Kreditrisiko der Swap-Übereinkommen

Um das Kreditrisiko zu verwalten, führt die Regierung Swapoperationen hauptsächlich mit Finanzinstituten durch, deren Solvenz von Standart & Poor's mindestens mit AA-qualifiziert wurde, was die Instrumente betrifft, die zwischen 3 und 10,5 Jahren fällig werden, und A in dem Fall derjenigen, die in einem Zeitraum von 3 Jahren fällig werden.

Die Regierung sieht keine bedeutsamen Verluste voraus, soweit es die Swap-Übereinkommen betrifft.

In der folgenden Tabelle werden die Swap-Übereinkommen entsprechend ihrer international akzeptierten Qualifizierung durch Standart & Poor's präsentiert:

	(Millionen Dollar)	
Standart & Poor's	1998	1997
AAA		
AA+	4,031	2,741
AA	1,383	1,350
AA-	5,395	4,200 ¹
A+		350
A-		
	<hr/>	<hr/>
	10,959	8,791

(c) Devisenverträge

Die Regierung hat verschiedene Devisentransaktionen durchgeführt, um sich gegen die Wechselkursschwankungen bezüglich der Position der kanadischen Reserven in dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Teil ihrer Devisenkonto bildet, zu schützen. Die Stellung der kanadischen Reserven im IWF ist in Speziellen Rücknahmerechten (SRR) bestimmt. Die Deckungsgeschäfte führen den befristeten An- und Verkauf von Devisen mit

¹ Einschließlich 1,100 Millionen Swap, wegen der die vorigen Swap-Sätze angeglichen wurden.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

sich, die die SRR formen (d.h. amerikanische Dollar, französische Franken, Deutsche Mark, englisches Pfund und japanischer Yen).

Am 31. März 1998 war der Grundwert der gültigen Devisenverträge 5.720 Millionen Dollar (5,197 Millionen Dollar in 1997) und die nicht gemachten Gewinne, die nicht in den Büchern auftauchten, betragen 63 Millionen Dollar (49 Millionen in 1997). Alle auf die Zukunft geschlossenen Devisengeschäfte wurden zu einer Maximalfrist von ungefähr 12 Monaten oder weniger abgeschlossen. Alle Finanzinstitute, mit denen Divisenverträge abgeschlossen wurden, verfügten über eine Solvenz von zumindest AA- gemäß der Klassifizierung des langfristigen internationalen Kredits durch Standart & Poors's.

In der folgenden Tabelle werden die Grundwerte der bestehenden Devisenverträgen in kanadischen Dollar zum 31. März präsentiert:

(Millionen kanadische Dollar)				
Devisen	1998		1997	
	befristete Verkaufsverträge	befristete Kaufverträge	befristete Verkaufsverträge	befristete Kaufverträge
kanad. Dollar	2,704	1,533	2,150	1,359
Deutsche Mark	513		696	330
Japanischer Yen	449		292	
Englisches Pfund	256		198	
Französische Franken	265		172	
Gesamt	4,187	1,533	3,508	1,689

iii. Realwerte der Finanzierungsinstrumente

(a) Finanzvermögen und Passiva

In der folgenden Tabelle werden die Buchwerte und die Realwerte der Finanzvermögen und Passiva vorgelegt. Die Realwerte wurden durch die Regierung geschätzt und werden im allgemeinen unter Berücksichtigung der Marktbedingungen an einem speziellen Datum bewertet, wenn ein Markt besteht. Wenn kein Markt besteht, wird angenommen, daß die

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Realwerte den Buchwerten ähnlich sind. Es ist möglich, daß die Realwerte weder die zukünftigen Marktbedingungen noch die Realwerte widerspiegeln, die in dem Fall erlangt werden, daß die Instrumente auf dem Markt verhandelt werden. Die diesbezüglichen Berechnungen sind subjektiver Natur und bergen innewohnende Unsicherheiten, die aufgrund der Unmöglichkeit, zukünftige Ereignisse vorauszusagen, bestehen.

(Millionen Dollar)						

1998						

1997						

Finanzvermögen und Passiva	Buchwert	Realwert	Differenz	Buchwert	Realwert	Differenz

Finanzvermögen						
Bargeld		11,691	11,691		10,175	10,175
Unbeglichene Rechn.	4,122	4,122		4,416	4,416	
Devisenkonten	28,968	30,082	1,114	26,813	28,094	1,281
Darlehen, Investitionen und Vorschüsse ohne Investitionen in Unter- nehmen der Krone	12,626	13,312	686	15,579	16,077	498
Finanzielle Passiva						
Ausstehende Rechn., Akkumulationen und Rücklagen	43,700	43,700		40,100	40,100	
Schuld in Wert- papieren	467,291	509,070	-41,779	502,110	502,110	-25,258
Pensionen und andere Konten	123,329	106,775	16,554	119,987	99,356	20,631
Einlage für den kand. Pensionsplan	4,205	4,205		3,718	3,718	
Nettorealwert, der über den Buchwert hinausgeht			-23,425			-2,848

Die Realwerte werden gemäß der Methoden und Voraussetzungen bestimmt, die im folgenden angegeben werden.

Es wird angenommen, daß die Buchwerte der mittelfristigen Finanzierungsinstrumente ähnlich den realen Werten sind, wobei die mittelfristige Fälligkeit berücksichtigt wird. Sie schließen Bargeld, unbeglichene Rechnungen, ausstehende Rechnungen, Akkumulationen und Rücklagen sowie die Einlagen für den kanadischen Pensionsplan ein.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Was die kurzfristigen Rechte und Pflichten in ausländischer Währung betrifft, die in den Devisenkonten präsentiert werden, werden die Beträge, die kanadischen Dollar entsprechen, zum 31 März berichtet unter der Annahme, daß sie den tatsächlichen ähnlich sind. Die Realwerte der Goldreserven, die in den Devisenkonten geführt werden, spiegeln die Marktwerte zum Jahresende wider. Bezüglich der Realwerte der Aktiva, für die kein Markt existiert, wird angenommen, daß sie den Buchwerten ähnlich sind.

Die Realwerte der Darlehen an Unternehmen der Krone werden allgemein auf Grundlage der Buchwerte bestimmt. Im Fall der Investitionen in Wertpapieren, werden die Marktwerte unter Berücksichtigung der Kurse der Wertpapierbörsen und anderer verfügbarer Informationen bestimmt.

Die Realwerte anderer Darlehen, Investitionen und Vorschüsse werden in ähnlicher Weise wie ihre Buchwerte berücksichtigt. Es werden deshalb Rücklagen geschaffen, damit die Buchwerte dieser Konzepte reduziert werden bis sie sich an ihre geschätzten Realisierungswerte annähern.

Die in kanadischen Dollar und ausländischer Währung benannten Namensschuldverschreibungen und die in kanadischen Dollar ausgestellten Schatzanweisungen werden nach ihrem Marktwert bewertet. Die Realwerte anderer in der Wertpapierschuld einbezogener Instrumente werden ähnlich wie ihre Buchwerte berücksichtigt, wobei man ihre kurze Lebenszeit oder die Tatsache, daß sie nicht verhandelbar sind, Beachtung zollt.

Hinsichtlich der Realwerte der Pensionsverpflichtungen wird angenommen, daß sie den entsprechenden rechnungsprüferischen Passiva ähnlich sind, die durch Projizierung der Beträge, die man in der Zukunft hierfür zu zahlen erwartet, und Berechnung ihres derzeitigen Wertes bestimmt werden. Dieser Prozeß schließt eine Schätzung des zukünftigen Verhaltens bestimmter Variablen wie dem Inflationsindex, den Zinssätzen, den allgemeinen Gehaltserhöhungen, die Zusammensetzung der Arbeitskraft und der Ruhestands- und Todesrate ein.

(b) Abgeleitete Finanzierungsinstrumente und Devisenverträge

In der folgenden Tabelle werden die Realwerte der abgeleiteten Finanzierungsinstrumente und der Devisenverträge zu den Beträgen der vertraglichen Kapitalzahlungen oder offenen Salden zum 31. März präsentiert:

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

	(Millionen Dollar)			
	1998		1997	
	Offene Salden	Realwert	Offene Salden	Realwert
Zins- und Devisen-Swapgeschäfte	10,959	337	8,791	331
Devisenverträge Befristete Verkäufe	4,187	8	3,508	-14
Devisenverkäufe Befristete Käufe	1,533	55	1,689	63

Die Realwerte der Swapgeschäfte entsprechen den Werten, die hypothetischerweise die eine Seite empfangen oder zahlen würde, um das Geschäft zu liquidieren, und die aufgrund der Marktfaktoren geschätzt werden.

Die Realwerte der befristeten Verträge werden auf der Grundlage der bestehenden "Spot"-Sätze zum Jahresende geschätzt und sind den zur Liquidation dieser Position geschätzten Beträgen ähnlich.

3. Pensionen des öffentlichen Sektors

Die Regierung ist für definierte Pensionspläne verantwortlich, die das ganzzeitig beschäftigte Personal (einschließlich öffentlicher Dienst, kanadische Armee, die berittene königliche Polizei Kanadas und das Personal bestimmter Körperschaften der Krone) sowie die durch die Bundesregierung bestimmten Richter und Parlamentsmitglieder umfassen. Die zu zahlenden Pensionen werden allgemein mit Bezug auf die höchsten Einnahmen, die der Begünstigte während eines speziellen Zeitraums empfangen hat, berechnet. Sie hängen mit den Dienstjahren und dem Inflationsindex zusammen. Zu ihrer Bezahlung wurden keine im Markt investierten Fonds ausdrücklich zu diesem Zweck zugewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jedes Jahr geschätzt, wofür die Beträge projiziert werden, die man in der Zukunft zu zahlen erwartet, die zu ihrem Istwert berechnet werden. Für dieses Verfahren benötigt man vielerlei Fallgruppen einschließlich Schätzungen des zukünftigen Verhaltens der Variablen wie der Inflation, den Zinssätzen, den allgemeinen Gehaltserhöhungen, der Zusammensetzung der Arbeitskraft sowie der Ruhestands- und Sterberate. Der langfristige Inflationssatz, der bei der Bewertung berücksichtigt wird, beträgt 2.0 Prozent.

Die Regierung greift auf ihre besten Schätzungen zurück, um die Fallgruppen zu schaffen, auf die man sich gründet, um ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Pensionen zu bestimmen. Die Änderungen dieser Voraussetzungen können zu erheblich geringeren oder

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

höheren Schätzungen führen. Eine Erhöhung der Inflation um ein Prozent zum Beispiel würde die Passiva um ca. 12,400 Millionen Dollar erhöhen, während eine Erhöhung der Zinssätze um ein Prozent sie um ungefähr 12,700 Millionen Dollar verringern würde.

Die Pensionsverpflichtungen, die in dem finanziellen Rechenschaftsbericht präsentiert werden, setzen sich aus bis zum 31. März aufgelaufenen Verpflichtungen zusammen, die sich auf 100,903 Millionen Dollar belaufen (93,574 Millionen Dollar 1997), und Pensionsangleichungen ohne zu amortisieren zu 16,554 Millionen Dollar (20,631 Millionen Dollar in 1977). Die Pensionsangleichungen gehorchen den Unterschieden zwischen den Schätzungen und den tatsächlichen Zahlen und werden in der Zeit von 7 bis zu 14 Jahren amortisiert, was die Ausgaben dieser Jahre beeinträchtigt.

3. Devisenkonto

i. Devisenkonto

Die Devisenkonto repräsentieren die Rechte und Pflichten der Regierung, die aus Devisenoperationen hervorgehen.

In der folgenden Tabelle werden die Salden der Devisenkonto präsentiert:

	(Millionen Dollar)	
	1998	1997
Internationale Reserven auf dem Konto für Devisenfonds	28,198	26,726
Internationaler Währungsfond Suskriptionen	8,194	8,295
	36,392	35,021
Weniger		
Internationaler Währungsfond ausstehende Dokumente	5,946	6,712
Zuweisungen von Rechten		
Rücknahmebesonderheiten	1,478	1,496
	7,424	8,208
Devisenkonto Total	28,968	26,813

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 8 dieses Bandes präsentiert.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

i. Goldreserven

Die Regierung unterhält bestimmte Investitionen auf ihrem Konto für Devisenfonds, um so zur Kontrolle und zum Schutz des Außenwertes des kanadischen Dollars beizutragen. Ein Teil dieser Investitionen gründet sich auf Gold: 3.1 Millionen Feinunzen (dieselben wie 1997). Diese Goldreserven sind zu 35 Rücknahmespezialrechten (RSR) oder 66,38 Dollar pro Unze (67,20 Dollar in 1997) bewertet, einem Wert der sich ihren Kosten annähert. Ein RSR ist eine Buchhaltungseinheit, die von dem Internationalen Währungsfond verwandt wird und die nach einem aus fünf Hauptwährungen zusammengesetzten Korb bewertet wird. Die vorangehende Bewertung ergibt einen registrierten Ergebniswert von 205 Millionen Dollar (207 Millionen Dollar in 1997), der sehr unter dem Marktwert von 1,319 Millionen Dollar (1,488 Millionen Dollar in 1997) liegt, wobei ein Wert von 427.36 Dollar pro Feinunze (481.98 Dollar 1997) zugrunde gelegt wird.

Mehr Einzelheiten diesbezüglich werden in den finanziellen Rechenschaftsberichten des Kontos für Devisenfonds vorgelegt, die im Abschnitt 8 dieses Bandes aufgeführt sind.

4. Körperschaften der Krone

Die Regierung besitzt 54 Körperschaften in ihrer Gesamtheit, die Körperschaften der Krone genannt werden.

In diesen Körperschaften hängen 22 (dieselben wie 1997) für den größten Teil ihrer Finanzierung von der Regierung ab. Ihre finanziellen Aktivitäten werden in diesen finanziellen Rechenschaftsberichten zusammengefaßt. Die wichtigsten sind: Atomic Energy of Canada Limited, Canadian Broadcasting Corporation, Marine Atlantic Inc. und VIA Rail Canada Inc. Einzelheiten dieser Körperschaften werden im Abschnitt 4 dieser Ausgabe vorgelegt.

Andere Körperschaften sind fähig, den größten Teil ihrer Einnahmen durch kommerzielle Aktivitäten zu schaffen und sind selbsttragend. Diese Körperschaften werden Unternehmen der Krone genannt und ihre Aktiva, Passiva, Einnahmen und Ausgaben werden nicht in den finanziellen Rechenschaftsberichten mit aufgeführt, außer weil neben der Registrierung der Regierungsinvestition in diesen Körperschaften (wie in dem vorangehenden Absatz beschrieben), ihre Kredite als Regierungspassiva verzeichnet werden, wenn vorausgesehen wird, daß sie nicht direkt durch die Körperschaften bezahlt werden. Einzelheiten dieser Körperschaften werden in der Sektion 9 dieses Bandes erläutert.

In der folgenden Tabelle werden das registrierte Finanzvermögen der Regierung in den Unternehmen der Krone präsentiert. Von seinem Betrag, 3,440 Millionen Dollar (3,338 Millionen Dollar 1997) stellen die Investitionen in Kapitalaktien der Körperschaften und Kapitaleinlagen dar. Der Saldo stellt die Darlehen und Vorschüsse dar, die die Regierung empfangen hat.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

	(Millionen Dollar)	
	1998	1997
<hr/>		
Unternehmen der Krone		
Canada Mortgage and Housing Corporation	6,733	6,964
Farm Credit Corporation	3,045	3,625
Canada Deposit Insurance Corporation	395	855
Export Development Corporation	983	983
Business Development Bank of Canada	403	403
Andere	1,042	1,012
	<hr/>	
Total der Unternehmen der Krone	12,601	13,842

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 9 dieses Bandes präsentiert.

Die Finanzergebnisse der Unternehmen der Krone werden im folgenden zusammengefaßt.

	(Millionen Dollar)	
	1998	1997
<hr/>		
Aktiva (einschließlich Anlagevermögen und vorweggenommenen Belastungen von 5,909 Millionen (5,719 Millionen in 1997))	89,481	81,301
Passiva	83,857	76,528
	<hr/>	
Nettovermögen	5,624	4,773
	<hr/>	
Einnahmen	20,310	18,316
Ausgaben	18,167	16,205
	<hr/>	
jährlicher Nettogewinn	2,143	2,111
Andere Vermögensveränderungen		
Dividenden ¹	-1,555	-1,371
Andere	263	-149
	<hr/>	
Anfangsnettovermögen	851	591
	4,773	4,182
	<hr/>	
Nettoschlußvermögen	5,624	4,773
	<hr/>	
Vertragliche Verpflichtungen	9,952	7,346
Eventualverpflichtungen	627	877

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 9 dieses Bandes präsentiert.

¹ Die als Dividenden berichteten Beträge schließen 1,509 Millionen (1,310 Millionen in 1997) der Kanadischen Bank ein.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Die finanziellen Rechenschaftsberichte aller Körperschaften der Krone werden in dem *Jahresbericht an das Parlament über Korporationen der Krone und andere kanadische korporative Interessen vom Vorsitzenden des Steuerausschusses* präsentiert.

5. Nationale Regierungen einschließlich der Entwicklungsländer und internationalen Organisationen

i. Darlehen an Entwicklungsländer

Die Darlehen an nationale Regierungen für 2,859 Millionen Dollar (3,074 Millionen Dollar 1997) enthalten Darlehen an Entwicklungsländer in Höhe von 1,586 Millionen Dollar (1,676 Millionen Dollar 1997). Aufgrund des privilegierten Charakters dieser Darlehen (längere Fälligkeitsfristen, niedrige Zinssätze oder kein Zins) werden die Kredite, die vor dem 1. April 1986 unterschrieben wurden, vollständig in der Rücklage zur Bewertung der Aktiva berücksichtigt. Alle Zahlungen, die aufgrund dieser Darlehen geleistet werden, werden in den Einnahmen eingeschlossen. Alle ähnlichen Darlehen, die nach dem 1. April 1986 geleistet wurden, wurden wie Haushaltsausgaben betrachtet.

Diesbezügliche (nicht geprüfte) Einzelheiten werden im Abschnitt 9 dieses Bandes erläutert.

ii. Darlehen, Investitionen und Vorschüsse an internationale Organisationen

Die Darlehen, Investitionen und Vorschüsse von internationalen Organisationen, einschließlich Entwicklungsbanken und entsprechende Fonds, erreichen 4,010 Millionen Dollar (5,617 Millionen Dollar in 1997). Im allgemeinen werden die Vorschüsse auf die Fonds als privilegierter angesehen als die an Entwicklungsländer unter günstigen Bedingungen vergebenen Kredite. Aus diesem Grund werden alle auf die Fonds vor dem 1. April 1986 geleisteten Vorschüsse vollständig in der Rücklage zur Bewertung der Aktiva berücksichtigt. Alle auf die Fonds nach dem 1. April 1986 geleisteten Vorschüsse wurden wie Haushaltsausgaben behandelt.

Andererseits, wie in der Anmerkung 2 erklärt wurde, wurden die Durchgangskosten früher in dem Moment registriert, in dem die zahlbaren Dokumente an diese Organisationen ausgegeben wurden und die Ausgabe wurde registriert wenn die zahlbaren Dokumente getilgt wurden. Die Durchlaufkosten in Höhe von 1,812 Millionen Pesos werden deshalb vollständig in der Rücklage zur Bewertung der Aktiva berücksichtigt.

Diesbezügliche (nicht geprüfte) Einzelheiten werden im Abschnitt 9 dieses Bandes präsentiert.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

6. Vertragliche Verpflichtungen

Aufgrund ihrer Natur sind die Regierungsaktivitäten der Anlass für Verträge und Verpflichtungen, die mehrere Jahre umfassen. Die wichtigsten vertraglichen Verpflichtungen, deren Beträge vernünftig geschätzt werden können, werden im folgenden zusammengefaßt:

	(Millionen Dollar)	
	1998	1997
Ressourcentransferabkommen	13,669	11,308
Leistungsplan für Veteranen	5,750	5,811
Miete von Operationen und Kapital	4,074	4,198
Erwerb von Eigentum, Ausrüstung, Waren und Dienstleistungen	4,435	3,775
Internationale Organisationen	1,290	1,734
Pensionsverpflichtungen gemäß dem Fortsetzungs/Aufrechterhaltungsgesetz	185	210
	29,403	24,036

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 10 dieses Bandes präsentiert.

Die in den nächsten Jahren aufgrund dieser Verpflichtungen anfallenden Ausgaben wurden folgendermaßen geschätzt:

Jahr	(Millionen Dollar)
1999	7,756
2000	5,807
2001	4,673
2002	3,984
2003	3,684
2004 ff.	3,499
	29,403

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 10 dieses Bandes erläutert.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

i. Ressourcentransferabkommen

Die mit den Ressourcentransferabkommen verbundenen Verpflichtungen in Höhe von 13,669 Millionen Dollar (11,308 Millionen Dollar in 1997) schließen einen Betrag von 9,035 Millionen Dollar (8,692 Millionen Dollar in 1997) ein, der verschiedenen vertraglichen Verpflichtungen entspricht, die die Regierung über die Canada Mortgage and Housing Corporation (CMHC) übernommen hat, um soziale Wohnungsprogramme zu finanzieren. Der Zweck der entsprechenden Abkommen ist es, Projekte bis zu 40 Jahre lang zu finanzieren. Die Zahlungen für diese Verpflichtungen betragen derzeit ungefähr 1,800 Millionen pro Jahr. Aufgrund der Unsicherheit der diesbezüglichen Prognosen sind die Schätzungen, die über das Jahr 2003 hinausgehen nicht zuverlässig. Aus diesem Grunde decken die Beträge, die die CMHC bezüglich der Transferabkommen mitteilte, nur bis zum Jahr 2003.

ii. Miete von Operationen und Kapital

Die Kapitalmieten werden zu Zeiträumen von bis zu 50 Jahren abgeschlossen. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von 4,074 Millionen Dollar (4,198 Millionen Dollar in 1997) von Operations- und Kapitalmieten stellen 2,827 Millionen Dollar (2,804 Millionen Dollar in 1997) zukünftige Zahlungen aufgrund Kapitalmiete dar. Von diesem Betrag entsprechen 1,600 Millionen Dollar (1,591 Millionen Dollar in 1997) zugerechneten Interessen und möglichen Kosten.

iii. Leistungsplan für Veteranen

Gemäß dem Pensionsgesetz erteilt die Regierung Pensionen und Leistungen aufgrund Arbeitsunfähigkeit oder Tod, die während des Militärdienstes aufgetreten sind. Die jährlichen Ausgaben, die in Erfüllung dieses Gesetzes in den nächsten Jahren zu machen sind, werden auf ungefähr 1,200 Millionen Dollar geschätzt. Aufgrund der Unsicherheit der diesbezüglichen Prognosen sind die Schätzungen, die über das Jahr 2003 hinausgehen, nicht verlässlich. Aus diesem Grunde decken die Beträge, die die CMHC bezüglich der Transferabkommen mitteilte, nur bis zum Jahr 2003.

7. Versicherungsprogramme

Drei Unternehmen der Krone, deren Finanzinformation nicht in diesen finanziellen Rechenschaftsberichten eingeschlossen wird, betreiben Versicherungsprogramme für die Regierung. In dem Fall, daß diese Korporationen nicht über ausreichende Mittel verfügen sollten, müßte die Regierung sie finanzieren.

Die Canada Deposit Insurance Corporation leistet einen grundlegenden Schutz an diejenigen, die bis zu \$60.000,- pro Kopf in den Banken, Treuhandgesellschaften und Leihhäusern hinterlegt haben. Die Gesamtheit der zum 31. März 1998 versicherten Depositen beläuft sich auf 305,015 Millionen Dollar (317,053 Millionen Dollar in 1997)

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Die Korporation soll sich mit den Beiträgen ihrer Mitglieder finanzieren. Trotzdem war zum 31. März 1998 ein Defizit in Höhe von 539 Millionen Dollar (1,176 Millionen Dollar in 1997) angelaufen. Die Regierung erwartet, daß dieser Betrag durch die Beiträge der Mitglieder in den folgenden Jahren gedeckt wird, um keine Kosten tragen zu müssen.

Die Canada Mortgage and Housing Corporation betreibt hypothekarische Versicherungsfonds, die Hypothekendarlehen für Wohnungen versichern, die private Institutionen vergeben. Zum 31. März 1998 betragen die bestehenden Versicherungen 168.900 Millionen Dollar (135.100 Millionen Dollar in 1997). An dem gleichen Datum verzeichnete der Fond einen Überschuß in Höhe von 21 Millionen Dollar (19 Millionen Dollar in 1997). Wenn auch nur bei seltenen Gelegenheiten, so wurde der Fond doch finanziell mit Haushaltsmitteln nach Ermessen der Regierung unterstützt.

Die Export Development Corporation (EDC) versichert Exporte und ausländische Investitionen, um zur Exportförderung beizutragen. Zum 31. März 1998 beliefen sich die bestehenden Versicherungen auf 11,500 Millionen Dollar (9.329 Millionen Dollar in 1997) und das Portefeuille der Versicherung verzeichnete einen Überschuß von 252 Millionen Dollar (217 Millionen Dollar in 1997). Man hofft, daß die durch die Korporation eingezogenen Beiträge die Kosten sowohl der aktuellen als auch der zukünftigen Reklamationen decken.

Diesbezügliche (nicht geprüfte) Einzelheiten werden im Abschnitt 10 dieses Bandes präsentiert.

8. Eventualverpflichtungen

Die Eventualverpflichtungen, die in Realverpflichtungen umgewandelt werden können, werden wie folgt zusammengefaßt:

	(Millionen Dollar)	
	1998	1997
Regierungsgarantien	43,606	39,314
Weniger Verlustrücklagen	4,188	5,253
	<hr/>	<hr/>
	39,418	34,061
Internationale Organisationen	17,097	16,233
Reklamationen sowie anhängige und unmittelbar bevorstehende Gerichtsverfahren	8,142	13,358
	<hr/>	<hr/>
	64,657	63,652

Die (nicht geprüften) Einzelheiten werden im Abschnitt 10 dieses Bandes präsentiert.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Die Regierung verzeichnet eine Rücklage für die Verluste verursacht durch Darlehensbürgschaften und Kredite der Unternehmen der Krone, wenn die Möglichkeit besteht, daß in der Zukunft eine Zahlung aufgrund dieses Konzepts geleistet werden muß und der Verlust vernünftig geschätzt werden kann. Die übrigen Darlehensbürgschaften werden als Eventualverpflichtungen geführt.

Die Regierung hat ein Gesellschaftskapital bestimmter internationaler Organisationen gezeichnet, deren Zahlung auf Anforderung dieser Organisationen einforderbar ist.

Die Reklamationen und anhängigen sowie unmittelbar bevorstehenden Gerichtsverfahren schließen Reklamationen von Indianern zu 2,721 Millionen Dollar (8,167 Millionen Dollar in 1997) sowie allgemeine Reklamationen von Indianerland in Höhe von 756 Millionen Dollar (581 Millionen Dollar in 1997) ein. Auf der anderen Seite hat die Regierung Kenntnis von ungefähr 2.000 möglichen Reklamationen, die derzeit untersucht werden. Eine verlässliche Schätzung der entsprechenden möglichen Passiva ist im Moment jedoch nicht durchführbar. Die Regierung ist auch dabei, Indianerreklamationen abzuwägen, die vor den Gerichten präsentiert wurden, und hinsichtlich derer eine verlässliche Schätzung der möglichen Passiva im Moment ebenfalls nicht machbar ist. Außerdem wurden im Jahre 1998 auch weitere 57 allgemeine Landreklamationen (dieselben wie 1997) nicht vollständig quantifiziert.

Verschiedene Gruppen und Einzelpersonen haben Gerichtsverfahren gegen die Regierung wegen angeblicher Fahrlässigkeit aufgrund der Übertragung von Infektionen durch Bluttransfusionen und Blutprodukte angestrengt. Aufgrund der Schwierigkeit der Bundesregierung, eine Verantwortung zu bestimmen (insbesondere in Bezug auf Reklamationen wegen Hepatitis C, die die Mehrheit der Fälle darstellen), ist eine verlässliche Schätzung der möglichen Passiva aufgrund dieses Konzepts im Moment nicht durchführbar. Am 27. März 1998 beschlossen die Bundes-, Provinz- und Gebietsregierungen, bis zu 1.100 Millionen Dollar finanzieller Hilfe denjenigen Kanadiern anzubieten, die mit Hepatitis C durch das kanadische Blutsystem zwischen 1986 und 1990 infiziert wurden. Der Teil der Finanzhilfe, der auf die Bundesregierung entfällt, wird in der Anmerkung 5 angegeben.

Schließlich schließen die Reklamationen sowie anhängigen bzw. unmittelbar bevorstehenden Gerichtsverfahren 1.188 Millionen Dollar (1.349 Millionen Dollar in 1997) aufgrund bedeutsamer Steuerrückerstattungen ein, die sich am 31. März 1998 im Berufungsverfahren vor dem kanadischen Bundesgericht oder dem Verfassungsgericht befanden.

9. Umweltverpflichtungen

Wenn auch die Gesamtkosten der Beseitigung radioaktiver und anderer Abfälle auf bis zu 30.000 Millionen Dollar geschätzt wurde, ist es offensichtlich, daß ein großer Teil dieses Betrages in den Verantwortungsbereich anderer Regierungsebenen und des privaten

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Sektors fällt. Gemäß einiger Schätzungen werden der Bundesregierung 2.800 Millionen Dollar zugerechnet. Jedoch ist eine verlässliche Schätzung der der Regierung zuzuordnenden Kosten im Moment nicht möglich. Die Bestimmung dieser Kosten unterliegt der Entwicklung der Regierungspolitik und der Gesetzgebung auf diesem Gebiet sowie den Ergebnissen der Lösungssuche zur effizienten und wirksamen Verfügbarkeit der Abfälle auf langfristige Sicht. Die Regierung wird weiter arbeiten, um die Umweltverpflichtungen vernünftig abzuschätzen und sie gemäß den allgemein akzeptierten Buchführungsprinzipien offenlegen.

10. Unsicherheit aufgrund des bevorstehenden Jahres 2000

Das Problem des Bevorstehens des Jahres 2000 hängt mit dem Gebrauch der zwei Ziffern an Stelle von vier Ziffern in dem Computersystemen der Regierung zusammen, um die Jahre zu identifizieren. In der Gegenwart können die Systeme, die gegenüber den Datumstagen sensibel sind, das Jahr 2000 wie jedes andere Datum erkennen, was Irrtümer provozieren kann, sobald die diesem Jahr entsprechende Information verarbeitet wird. Die Auswirkungen dieses 2000-Jahr-Problems könnten vor oder nach dem 1. Januar 2000 experimentiert werden. Wenn man nicht vorbeugt, würden die Auswirkungen auf die Operationen und die Finanzinformation von kleineren Fehlern bis zu wichtigen Systemfehlern reichen, die die Fähigkeit zur Realisierung ihrer Operationen beeinflussen könnte.

Die Regierung arbeitet daran, die negativen Auswirkungen, die das Bevorstehen des Jahres 2000 auf die Operationen haben könnte, zu lösen. Trotzdem ist es nicht möglich sich zu versichern, daß alle Gesichtspunkte des 2000-Jahr-Problems, die die Regierungsaktivitäten beeinflussen könnten, vollständig vor dem Haushaltsjahr 1999-2000 gelöst werden, einschließlich derjenigen, die mit nicht Regierungseinheiten zusammenhängen, die Information mit den Regierungssystemen austauschen, und auf diese Weise ihre Operationen vereinfachen.

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

Real- und Eventualverpflichtungen

ABTEILUNG/ RECHTSNORM	ART DER VERPFLICHTUNG	BETRAG zum 31.3.97	BETRAG zum 31.3.98
AUFWÄRTS- UND GEMEINSCHAFTS- MINISTERIUM	NICHT STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS	MILLIONEN ENGLISCHE PFUND	MILLIONEN ENGLISCHE PFUND
	Entschädigungen für Verluste oder Schäden, die das Gemeinschaftsinstitut an die Eigentümer der in seinen Anlagen ausge- stellten Objekte erteilt	0.3	0.3
	Entschädigungen für Verluste oder Schäden, die der britische Rat an Eigentümer der im Ausland ausgestellten Objekte erteilt	7.5	13.0
	Vertragliche Verpflichtungen, die der BBC mit Merlin Communications International Limited als Ergebnis der Privatisierung der Übertra- gungstätigkeit von BBC in Übersee einging.	50.0	50.0
	STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS		
Gesetz des Gemein- schaftsinstitut, 1958	Gemeinschaftsinstitut: Passiva aufgrund der Wartung von Gebäuden und anderer statuta- rischer Voraussetzungen, die im Fall der Schließung zu erfüllen sind	0.8	0.9
GESUNDHEITS- MINISTERIUM	STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS	NICHT MEßBAR	NICHT MEßBAR
Wassergesetz, 1991	Entschädigungen an Betreiber des Trink- wasserdienstes für nicht von der Versiche- rung gedeckte Kosten, Schäden und Ausgaben, die aus Reklamationen oder Prozessen wegen vermeintlicher Gesundheitsschäden, resultieren, die ausschließlich durch die Fluorisierung des Wassers verursacht wurden.	52.5	45.9
Gesetz für Nationale Gesundheitsdienste und Gemeinschaftsbe- treuung von 1990, Ab- schnitt 64 und Liste 3	Garantien aufgrund Überziehungen der Treu- handvermögen der Nationalen Gesundheits- dienste.	Nicht meßbar	Nicht meßbar
			Fortsetzung.....

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

STAND DER PASSIVA UND EVENTUAL- ODER NOMINALVERPFLICHTUNGENFortsetzung

ABTEILUNG/ RECHTSNORM	ART DER VERPFLICHTUNG	BETRAG zum 31.3.97	BETRAG zum 31.3.98
Abschnitt 2 (a) der Verordnung zur Arbeitgeberhaftung (Pflichtversicherung) (Änderung) von 1974	Das Gesundheitsministerium hat dem Nationalrat für Radiobiologischen Schutz eine Freistellungsbescheinigung für jegliche Haftung, die auf ihn bezüglich seines Personals gemäß Abschnitt (1) des Gesetzes zur Arbeitgeberhaftung (Pflichtversicherung) von 1969 entfallen könnte, ausgestellt.	Nicht meßbar	Nicht meßbar
	NICHT STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS		
	Entschädigung an Trinkwasserdienstbetreiber, für die nicht von der Versicherung gedeckten Kosten, Schäden und Ausgaben, die aus den Reklamationen oder Gerichtsverfahren wegen angeblicher Gesundheitsschäden hervorgehen, die ausschließlich durch die Lieferung von fluorisiertem Trinkwasser durch andere Betreiber verursacht wurden und deshalb nicht durch die Gesetzesgarantie gedeckt sind.	Nicht meßbar	Nicht meßbar
	Das Gesundheitsministerium hat sich verpflichtet, die Entschädigungen zu finanzieren, die als Ergebnis von Klagen wegen Schäden, die durch die vom Mikrobiologischen Forschungsbüro durchgeführten Proben zur Entwicklung der Impfung gegen Keuchhusten verursacht wurden, gezahlt werden müssen.	begrenzt	begrenzt
	Das Gesundheitsministerium hat sich verpflichtet, die Entschädigungen zu finanzieren, die aufgrund von Schadensersatzklagen zu zahlen sind, die Freiwillige einreichen, die mit speziellen Immunglobulinen immunisiert wurden, die anschließend kultiviert und für die Behandlung von hemolytischen Krankheiten Neugeborener verwandt wurden.	begrenzt	begrenzt
	Im nuklearen Ernstfall wäre es möglich, Jodtabletten an die Bevölkerung zu verteilen, um eine Aufnahme des radioaktiven Jods zu verhindern. Das Gesundheitsministerium hat sich verpflichtet, die Personen, die nicht zum qualifizierten medizinischen Personal gehören und die Tabletten verteilen, wegen jeder gegen sie unternommenen rechtlichen Verfahren zu entschädigen.	Nicht meßbar	Nicht meßbar
	Die Regierung zahlte ursprünglich 42 Millionen Pfund an ein Treuhandvermögen, um die Zahlungen an HIV-infizierte durchzuführen, die mit HIV infiziert wurden, nachdem sie durch den Nationalen Gesundheitsdienst mit infizierten Blutprodukten behandelt wurden. Das Gesundheitsministerium hat akzeptiert, dem Treuhandvermögen alle Gelder, die	Nicht meßbar	Nicht meßbar

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

STAND DER PASSIVA UND EVENTUAL- ODER NOMINALVERPFLICHTUNGENFortsetzung

ABTEILUNG/ RECHTSNORM	ART DER VERPFLICHTUNG	BETRAG zum 31.3.97	BETRAG zum 31.3.98
	es zur Vornahme dieser Zahlungen benötigt, zu liefern, falls die durch ihn schon bereitgestellten Gelder nicht ausreichen.		
	Ein Brief, den das Gesundheitsministerium an die Vereinigung englischer Industrien zum Gesundheitsschutz am 9. Juni 1992 versandte, kann als ein Bestätigungsschreiben bzgl. der Verträge interpretiert werden, die Treuhandvermögen der Nationalen Gesundheitsdienste abschlossen. Er könnte deshalb eine nicht statutarische Haftung begründen. Obwohl der Brief am 17. August zurückgezogen wurde, könnten einige Eventualverpflichtungen aufgrund der zwischen seinem Ausstellungs- und Rücknahmedatum unterschriebenen Verträge bestehen.	begrenzt	begrenzt
	Das Gesundheitsministerium hat sich verpflichtet die Rechtsverfolgungs- und anderen Kosten des medizinischen Personals und der Krankenpfleger zu decken, die an den klinischen Proben der Produkte, die das Labor für Biologische Produkte des Nationalen Blutdienstes mit der Genehmigung der Behörden dieser Dienststelle ausarbeitete, sowie die Kosten, die die Reklamationen von Patienten verursachen, die an den klinischen Proben neuer Produkte teilnehmen, zu übernehmen.	Nicht meßbar	Nicht meßbar
	Es wäre erforderlich, die Kosten zu decken, die dem Familienfond zur Erfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Personal entstehen, falls es durch die Regierung liquidiert wird.	0.5	0.5
	Entschädigungen an Lieferer des Höheren Bildungsprogramms zur Deckung eines Teils der Kosten, die hinsichtlich der Einführung, die den Krankenpflegerschülern vor ihrer Registrierung (die an einen Sektor der höheren Bildung transferiert wurde) gegeben wird, entstanden sind, falls der Vertrag nicht erneuert wird.	60.0	60.0
	Es wurde festgestellt, daß das Gesundheitsministerium fahrlässig handelte, da es die Behandlung der Patienten mit dem menschlichen Wachstumshormon nicht seit dem 1. Juli 1977 unterbunden hat. Ab diesem Tag hätte es vor den möglichen Konsequenzen warnen müssen. Es ist notwendig, Entschädigungen an die Patienten zu zahlen, die nach diesem Datum behandelt wurden und aufgrund der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit starben.	Nicht meßbar	Nicht meßbar

ANHANG E

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Vereinigtes Königreich)

STAND DER PASSIVA UND EVENTUAL- ODER NOMINALVERPFLICHTUNGENFortsetzung

INNENMINISTERIUM (Königlicher Gefängnisdienst)	NICHT STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS		
	Die Krone ist die Versicherung in letzter Instanz, was Verträge zur Gestaltung, Bau, Verwaltung und Finanzierung neuer Gefängnisse betrifft	Nicht meßbar	Nicht meßbar
KANZLERAMT	NICHT STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS		
	Sammlung von Gemälden und Kunstwerken	1.3	1.3
KULTUR-, MEDIEN- UND SPORTMINISTERIUM (ZUVOR MINISTERIUM NATIONALEN EIGENTUMS)	STATUTARISCHE PASSIVA ZU LASTEN DES HAUSHALTS		
Gesetz des Nationalen Eigentums, Abschnitt 16	Entschädigungsprogramm der Regierung. Leihgaben von Kunstwerken an:		
	Englisches Museum	29.5	47.3
	Imperiales Kriegsmuseum	2.9	1.4
	Nationalgalerie	428.7	398.9
	Nationales Seemuseum	15.7	16.9
	Nationale Museen und Galerien in Merseyside	34.2	16.7

ANLAGE F

Beispiel der Offenlegung von Real- und Eventualverpflichtungen (Portugal)

Definitionen

1. Es werden folgende Definitionen verwandt:

- **Innere Realstaatsschuld.** Sie setzt sich aus Wertpapieren (und in geringerem Maße aus von der Regierung aufgenommenen Bankkrediten) zusammen, sie wird zu ihrem ursprünglichen Nennwert offengelegt, mit Ausnahme der Schatzanweisungen, die zu ihrem Barwert verzeichnet werden nach Abzug des Nachlasses; und die Namensspargutscheine, die die zum Kapital geschlagenen Zinsen einschließen.
- **Äußere Realstaatsschuld.** Sie setzt sich aus Wertpapieren, Bankdarlehen und Darlehen internationaler Organisationen zusammen, sie wird anhand der empfangenen Beträge und der Tilgung während der Laufzeit der Kredite bemessen und in portugiesischen Escudos ausgedrückt (obwohl die Wertpapiere in ausländischer Währung auch in den Anmerkungen zu den finanziellen Rechenschaftsberichten veröffentlicht werden). Die im Zusammenhang mit dem Gesellschaftskapital internationaler Organisationen ausgestellten Wechsel werden als Realschuld berücksichtigt und mit ihren Gesamtbeträgen offengelegt.
- **Garantien.** Sie werden durch den Wert der bestehenden Verantwortlichkeiten offengelegt und zu ihrer Messung werden die bei der Realschuld anwendbaren Kriterien verwandt.

2. In den finanziellen Rechenschaftsberichten wird über jedes Darlehen, jede Ausgabe von Wertpapieren und Garantien berichtet. Diese Information wird im folgenden in der Art und Weise, wie sie in den finanziellen Rechenschaftsberichten präsentiert wird, zusammengefaßt:

ANHANG F

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Portugal)

Innere Realstaatsschuld (Billionen portugiesischer Escudos)

Innere staats-schuld	Wert zum 31.12.95	Pla-zierung (a)	Zinskapi-talisie-rung (b)	Gesamt (a+b)	Amorti-sation	Wert zum 31.12.96	Varia-tion	%
mittel/lang-fristig: Wertpapiere/ Bankdarlehen	5'473.314	1'335.162	20.570	1'355.732	1'275.795	5'553.251	+79.937	+1.5
kurzfristig: Schatzan- weisungen	1'250.620	2'560.955	-	2'560.955	2'460.091	1'351.484	+100.864	+8.1
Andere	-	20.000	-	20.000	20.000	-	-	-
Namens-sparbon	2'004.527	308.523	163.574	472.097	234.253	2'242.371	+237.844	+11.9
Gesamt	8'728.461	4'224.640	184.144	4'408.784	3'990.139	9'147.106	+418.645	+4.8

Äußere Realstaatsschuld (Billionen portugiesischer Escudos)

Äußere staats-schuld	Wert zum 31.12.95	Pla-zierung	Amorti-sation	Ergebnis der Wechselkursvaria-tionen (netto)	Total	Wert zum 31.12.96	Varia-tion	%
Wertpapiere und Bankdarlehen (a)								
Internationale Organismen (b):								
• EIB								
• IBRD								
• IDA								
• CEF								
• KFW								
Wechsel								
Andere								
	1'837.589	426.855	238.433	52.031	290.464	1'973.989	+136.391	+7.4

(a) Finanzierung allgemeiner Ausgaben

(b) Finanzierung spezieller Projekte

ANHANG F

Beispiel der Offenlegung der Real- und Eventualverpflichtungen (Portugal)

Eventualverpflichtungen (Billionen portugiesischer Escudos)

Garantierung von	Werte zum 31. Dezember				Variation	
	1995		1996			
Inlandsanleihe (1)	348.587.9	34.6	403.375.4	37.6	54.787.5	15.7
Auslandsanleihe (1)	658.966.8	65.4	668.366.4	62.4	9.399.6	1.4
GESAMT	1'007.554.7	100.0	1'071.741.8	100.0	64.187.1	6.4

(1) Eine Liste aller Bezieher und der Verantwortlichkeiten zu Lasten jedes einzelnen von ihnen werden den finanziellen Rechenschaftsberichten beigelegt.
